

# Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.11 - 65. Jahrgang

30. Mai 2015

## Landesparteitag am 13. Juni

Mit Reden des SPD-Landesvorsitzenden Jan Stöß und von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier wird der Landesparteitag der Berliner SPD am 13. Juni eröffnet.

Dem Parteitag werden eine Resolution zur Flüchtlingssituation, ein Antrag zum Thema Bezirksfinanzen sowie ein Antrag „Strategien gegen rechts“ vorliegen. Insgesamt werden auf dem Parteitag knapp 250 Anträge beraten. Sie können auf der Internetseite [parteitag.spd.berlin](http://parteitag.spd.berlin) mit dem jeweiligen Empfehlungsstand der Antragskommission nachgelesen werden. Der Parteitag wird auch im Livestream übertragen.

## Zusammenarbeit unter Nachbarn

Bei der ersten gemeinsamen Sitzung der Landesregierungen von Berlin und Brandenburg seit drei Jahren ist u.a. über die Wohnungs- und Verkehrssituation in der Region, die Unterbringung von Flüchtlingen und die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern gesprochen worden.

„Die Kooperation der Länder Berlin und Brandenburg wird von Jahr zu Jahr enger und ist bereits auf vielen Gebieten seit Jahren sehr erfolgreich“, so Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller. „Probleme und Herausforderungen, die sich in der Hauptstadtregion stellen, betreffen vielfach beide Länder und lassen sich deshalb auch nur gemeinsam angehen und lösen. Wenn wir etwa das Wachstum Berlins behandeln, dann dürfen wir auch nicht die Auswirkungen auf das brandenburgische Umland außer Acht lassen.“ Unterschiedliche Auffassungen gibt es bei der weiteren Nutzung von Braunkohle als Energiequelle.

Wohnen:

## „Mietenpolitik für alle“

Andreas Geisel: Gesamtinteresse Berlins im Blick behalten

Die Berliner SPD setzt weiter auf eine Mieten- und Wohnungspolitik, die möglichst vielen hilft. So ist Berlin das erste Bundesland, in dem bereits vom Montag an die Mietpreisbremse bei Neuvermietung gilt. Beim derzeit laufenden Mieten-Volksbegehren stört vor allem, dass es trotz hoher Kosten nur wenigen nutzt.

Berlins Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen rechnet mit Mehrkosten von 2,8 Mrd. Euro in den kommenden fünf Jahren, sollte die Initiative erfolgreich sein. „Begünstigt würden damit etwa 80.000 Haushalte, denn die gewünschte Subvention betrifft nur die öffentlich geförderten Sozialwohnungen“, erläutert er im BS-Interview (s. S.3). Das sind rund 120.000 Wohnungen oder 6,4 Prozent des gesamten Bestandes.

„Wir haben zahlreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht, um die Mieten in Berlin zu dämpfen. Diese Instrumente sind ausgeschöpft. Jetzt geht es darum, zügig und in großem Stil das Angebot an Wohnungen zu erweitern“, sagt Berlins Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel (SPD). Auch



Vom kommenden Montag an gilt überall in der Stadt die Mietpreisbremse. Foto: Horb

dabei müsse das Gesamtinteresse der Stadt im Blick bleiben. „Berlin lebt davon, dass Bürgerinnen und Bürgern sich engagieren und einmischen“, so Andreas Geisel. „Wir haben viele kreative Menschen in dieser Stadt. Deren Ideen und Vorstellungen sind wichtig für die Stadtentwicklung. Beteiligung heißt für mich aber nicht: Durchdrücken meiner Partikularinteressen. Bürgerbeteiligung ist immer ein Prozess, ein Dialog und Kompromiss-Finden.“ **siehe S.3**

## Mitbestimmung bei der Pflege

Berliner SPD fordert Schaffung eines Pflege-Berufsverbandes

Einen gesetzlichen Pflege-Berufsverband fordert die Arbeitsgemeinschaft SozialdemokratInnen im Gesundheitswesen (ASG) in einem Antrag zum Landesparteitag der Berliner SPD am 13. Juni.

Der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß kündigte an, die Forderung zu unterstützen. „Die Gründung eines Pflege-Berufsverbands für alle Pflegedienstleistenden, anstelle einer Zwangspflegekammer, die mit Zwangsabgaben arbeitet und einen großen Teil der Pflegenden ausschließt, ist eine wichtige politische Forderung unserer Arbeitsgemeinschaft, die meine volle Unterstützung hat“, sagte er. „Es wird dringend Zeit auch in der politischen Vertretung der Pflegenden Strukturen zu etablieren, die

der heutigen gesellschaftlichen Realität gerecht werden und die dazu beitragen, dass die Qualität der Pflege weiterentwickelt

### IN DIESER AUSGABE:

TEGEL ENTWICKELT SICH	S.4
HIRSCHFELD-Preis VERLIEHEN	S. 6
TEURE PPP-Projekte	S. 7
MINIJOBBER OHNE ARBEITSSCHUTZ	S. 10

wird. Es sind vor allem die vielen Hilfskräfte in der Pflege, die täglich harte Arbeit leisten, aber bisher kein Recht haben, ihre Interessen auch politisch zu vertreten. Alle Pflegenden müssen ein politisches Mitbestimmungsrecht bekommen.“ **Mehr im Beitrag von Ülker Radziwill auf Seite 9.**

Sylvia-Yvonne Kaufmann:

# Damoklesschwert „BREXIT“

## Großbritanniens EU-Austritt wäre schwerer Rückschlag

**Großbritannien hat ein neues Parlament gewählt: Der konservative Premierminister David Cameron und seine Tories sind als klare Sieger hervorgegangen. Eines seiner Wahlversprechen wird Cameron nun wahr machen. Bis spätestens Ende 2017, voraussichtlich jedoch schon nächstes Jahr, möchte er ein Referendum zur Mitgliedschaft Großbritanniens in der EU abhalten.**

Gleichzeitig hat Cameron angekündigt, bis dahin Verhandlungen über eine Reform der EU mit den anderen Mitgliedstaaten führen zu wollen, um Kompetenzen von der europäischen zurück auf die nationale Ebene zu holen.

### PLÄNE FÜR REFERENDUM SIND SPIEL MIT DEM FEUER

Die Europäische Union hat derzeit vielfältige innere und äußere Herausforderungen zu bewältigen. Die Flüchtlingstragödie im Mittelmeer, der Krieg in der Ukraine in direkter Nachbarschaft zur EU und die immer noch ungelöste Krise in Griechenland, um nur die drei prominentesten Beispiele zu nennen. Was die EU daher in der kommenden Zeit benötigt, ist Stabilität und nicht Jahre der Unsicherheit über den Verbleib eines wichtigen Mitgliedstaates wie Großbritannien in der EU. Man muss daher ganz klar sagen: Camerons Pläne für ein Referendum sind ein Spiel mit dem Feuer.

### „BREXIT“ WÄRE RÜCKSCHLAG FÜR EUROPÄISCHES PROJEKT

Ich möchte, dass Großbritannien Teil unserer europäischen Familie bleibt. Ein „BREXIT“ wäre nicht nur ein schwerer Rückschlag für das europäische Projekt der Einigung des Kontinents, sondern hätte auch gravierende wirtschaftliche Folgen vor allem für Großbritannien, aber auch für ganz Europa. Laut Studien wäre im ungünstigsten Szenario eines Austritts das Bruttoinlandsprodukt Großbritanniens im Jahre 2030 um bis zu 313 Milliarden Euro geringer als bei einem Verbleiben. Auch die anderen Volkswirtschaften Europas wären finanziell betroffen. Vorsichtige Schätzungen gehen von einem um neun Milliarden Euro niedrigeren Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2030 aus.

### GRUNDFREIHEITEN SIND NICHT VERHANDELBAR

Mit welchen Forderungen Cameron in



Sylvia-Yvonne Kaufmann ist Berliner Europaabgeordnete.

Foto: Horb

die Verhandlungen über eine Reform der EU gehen möchte, hat er noch nicht verkündet. Seine Äußerungen im Wahlkampf lassen jedoch darauf schließen, dass er Bürgerinnen und Bürgern der EU den Zugang zu Sozialleistungen in Großbritannien erschweren möchte.

Dies würde eine Einschränkung der Personenfreizügigkeit in der Europäischen Union bedeuten. Die Personenfreizügigkeit ist eine der vier Grundfreiheiten der Europäischen Union, neben der Warenverkehrsfreiheit, der Dienstleistungsfreiheit und dem freien Kapital- und Zahlungsverkehr.

Diese gemeinsamen europäischen Erregenschaften sind für uns Sozialdemokraten nicht verhandelbar. Eine rückwärts-gewandte Reform der EU, die eine Rückkehr zum Nationalstaat bedeutet, wird es mit uns Sozialdemokraten nicht geben.

### CAMERON DARF NICHT ZU HOCH POKERN

Unser sozialdemokratischer Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, hat bereits unmissverständlich bekräftigt, dass Cameron das Damoklesschwert „BREXIT“, das über Europa schwebt, nicht als Druckmittel nutzen darf, um in Verhandlungen mit den anderen Mitgliedstaaten sowie Parlament und Kommission seine Forderungen durchzusetzen.

Er darf hier nicht zu hoch pokern. Europa möchte eine EU mit Großbritannien. Aber eines muss Cameron auch klar sein: Erpressen lässt sich Europa von ihm nicht.

Sylvia-Yvonne Kaufmann □

## Eva Högl: Schutz vor Einbrüchen verbessert

**Private Einbruchsicherungsmaßnahmen werden künftig finanziell vom Staat bezuschusst. Insgesamt stehen in den Jahren 2015 bis 2017 zunächst 30 Mio. Euro für ein neues Förderprogramm „Kriminalprävention durch Einbruchsicherung“ zur Verfügung.**

Anspruchsberechtigt sind auch Mieterinnen und Mieter. Das hat die SPD-Bundestagsfraktion durchgesetzt. Wer mindestens 500 Euro zum Schutz seines Wohnraums in die Hand nimmt, kann einen Zuschuss in Höhe eines Fünftels für Materialkosten, höchstens jedoch 1.500 Euro erhalten.

Der steigenden Anzahl an Wohnungseinbrüchen soll ein Riegel vorgeschoben werden: Im vergangenen Jahr verzeichnete die Polizeiliche Kriminalstatistik mit ca. 152.000 registrierten Fällen einen Anstieg um 1,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dabei entstand ein Gesamtschaden von rund 422 Mio. Euro. Neben dem Sachschaden haben die Betroffenen häufig auch mit psychischen Belastungen zu kämpfen.

Genau hier setzt das geplante Programm an: Damit sich die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Zuhause sicher fühlen können, werden künftig über das SPD-geführte Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit staatliche Fördermittel für private Wohnungssicherungsmaßnahmen bewilligt. Die Zuschüsse für Investitionen in einbruchsichere Türen, Schlösser oder Fenster können zusätzlich zu der steuerlichen Absetzbarkeit der Handwerkerleistungen in Anspruch genommen werden. Voraussetzung für die Förderung ist die vorherige Vorlage von zwei Angeboten oder eines Angebots einer zertifizierten Fachfirma sowie die Zustimmung des Eigentümers.

Erste Auszahlungen sollen bereits im Jahr 2015 möglich sein. Sobald die Details des Förderprogramms beschlossen sind, kann mit der Auszahlung der Gelder begonnen werden.

Eva Högl □

### Berliner Stimme

**Herausgeber:** SPD Landesverband Berlin  
**Verlag:** wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin

**Redaktion:** Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

**Aboservice:** Jürgen Thomas, Tel.: 2130 870, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de  
Abonnementspreis: 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

**Druckerei:** KORRekt Mailingservice Berlin

Senat:

## „Gerecht investieren“

Im Interview: Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen

**Im Interview nimmt Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen Stellung zu den Anforderungen von Volksbegehren und den Möglichkeiten des Landeshaushalts.**

**Berliner Stimme:** Berlin ist eine solidarische Stadt. Wäre es nicht auch ausgesprochen solidarisch, zum Beispiel die Mieten in Sozialwohnungen so zu subventionieren, wie das die Initiatoren eines Volksbegehrens jetzt fordern?

**Matthias Kollatz-Ahnen:** Was auf den ersten Blick solidarisch klingt, begünstigt bei näherem Hinsehen tatsächlich nur eine vergleichsweise kleine Bevölkerungsgruppe. Und verursacht dabei so hohe Kosten, dass zentrale Bereiche der Stadt auf Jahre unterfinanziert bleiben werden, nämlich Kitas und Schulen genauso wie Krankenhäuser, die Sanierung der Straßen oder die Arbeit in den Bezirken - alles Sektoren, die angesichts des starken Bevölkerungswachstums in Berlin enorm gefordert sind. Gerade deshalb kommt es aber darauf an, im Rahmen des Möglichen in alle wichtigen Sektoren gleichermaßen zu investieren.

**BS:** Mit welchen Kosten muss beim Mieter-Volksbegehrens insgesamt gerechnet werden, wie viel Menschen könnte damit Ihrer Einschätzung nach geholfen werden?

**Matthias Kollatz-Ahnen:** Die zuständige Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat kürzlich die amtliche Kostenschätzung in Höhe von 3,3 Mrd. Euro für den Zeitraum 2017 bis 2021 vorgelegt. Wir haben - basierend auf dieser Rechnung - eine Nettobetrachtung angestellt und die ohnehin schon in den Haushalt eingestellten Mittel für den Wohnungsneubau abgezogen. Diese belaufen sich über den Fünf-Jahres-Zeitraum auf rund 500 Mio. Euro, so dass wir insgesamt mit Mehrkosten von 2,8 Mrd. Euro rechnen, sollte die Initiative erfolgreich sein. Begünstigt würden damit etwa 80.000 Haushalte, denn die gewünschte Subvention betrifft nur die öffentlich geförderten Sozialwohnungen. Das sind rund



Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen. Foto: Anno Dittmer / Senatsverwaltung für Finanzen

120.000 Wohnungen oder 6,4 Prozent des gesamten Bestandes. Die Bewohner in zwei Drittel dieser Wohnungen hätten nach den Plänen der Initiatoren Anspruch auf Mietensubventionen.

**BS:** Im Bildungsbereich kündigt sich ein neues Volksbegehren an, das mehr Geld fordert. Gleichzeitig gilt ab 2020 die Schuldenbremse. Wie kann damit umgegangen werden?

**Matthias Kollatz-Ahnen:** Das ist genau der Punkt. Berlin ist nicht nur Konsolidierungsland, sondern unterliegt ab 2020 auch den im Grundgesetz aufgenommenen Regelungen zur Begrenzung der Nettokreditaufnahme. Und die liegt für Berlin bei null. Die Finanzplanung geht davon aus, dass es gerade möglich ist, 2020 ohne Neuverschuldung zu erreichen, wobei gegenüber heute noch 1 Mrd. Euro pro Jahr an Soli wegfallen. Ausgaben in einem Bereich haben also automatisch Konsequenzen für die Ausstattung anderer Bereiche. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass die überproportionale Berücksichtigung eines Anliegens zwangsläufig auf Kosten anderer, ebenso wichtiger Themen geht. □

## Metropolen mit gemeinsamer Stimme

**Das Metropolis-Netzwerk großer Weltstädte ist dem Vorschlag von Berlins Regierendem Bürgermeister für eine gemeinsame Erklärung gefolgt.**

Michael Müller: „Die Deklaration ist ein Meilenstein, weil sie aus den verschiedenen Stimmen der Metropolen eine gemeinsame Stimme formt. Mit dieser gemeinsamen Stimme werden wir zu einer visionären und realisierbaren Neuen Urbanen Agenda beitragen.“ Mit ihrer Erklärung, die auf einer

Konferenz in Buenos Aires von 141 Städten verabschiedet wurde, werden sich die Städte in die internationalen Verhandlungen über eine Neue Urbane Agenda einschalten, die die Vereinten Nationen bis zum 3. Weltisierungsgipfel (Habitat III) im Oktober 2016 in Ecuadors Hauptstadt entwickeln wollen. In der Deklaration werden fünf Grundprinzipien definiert. So sollen Städte ihre besondere Expertise für nachhaltige Entwicklung einbringen. **BS** □

Senat:

## Mietspiegel mit geringerer Steigerung

**Der neue Berliner Mietspiegel weist bei den Bestandsmieten eine Steigerung um 2,7 Prozent gegenüber 2013 aus. Das sind 15 Cent pro Quadratmeter Wohnfläche und Monat. Die gewichtete Durchschnittsmiete nettokalt liegt 2015 bei 5,84 €/q/m monatlich gegenüber 5,54 €/q/m im Jahr 2013..**

„Wir spüren die Attraktivität der wachsenden Stadt Berlin an steigenden Mieten und einem angespannten Wohnungsmarkt. Dennoch fielen die Mieterhöhungen im Bestand gegenüber dem Mietspiegel 2013 geringer aus als befürchtet“, sagte Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel bei der Vorstellung des Mietspiegel. „Es ist ein deutliches Zeichen dafür, dass wir mit unseren mietenpolitischen Instrumenten auf dem richtigen Weg sind.“

Der Mietspiegel beruht auf einer repräsentativen Erhebung von Miet- und Ausstattungsdaten zum Stichtag 1. September 2014 und wird alle zwei Jahre gemeinsam mit Mieter- und Vermieterverbänden unter Vorsitz der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt erstellt.

Die Daten bilden die Berliner Mietenlandschaft realistisch ab, so die Senatsverwaltung. Die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben und die Erstellung nach wissenschaftlich anerkannten Methoden machen auch den Mietspiegel 2015 wieder zu einem „qualifizierten“ Mietspiegel. Zusätzlich soll eine Betriebskostenübersicht für mehr Transparenz bei den Zusatzkosten sorgen. **BS** □

➔ „Servicetelefon Miete“ unter der Telefonnummer (030) 90139-4777, Abfrage im Internet: <http://www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/mietspiegel/>

Charlottenburg-Wilmersdorf:

## Andreas Geisel zur Baupolitik in Berlin

**Berlin forciert den Wohnungsbau, die Zahl der Baugenehmigungen steigt deutlich. Immer wieder werden aber auch unterschiedliche Nutzungsinteressen deutlich. AnwohnerInnen wollen vielfach, dass alles bleibt, wie es ist.**

Auf Einladung der SPD-Abteilungen Wilmersdorf-Süd und Schmargendorf diskutiert Andreas Geisel, Senator für Stadtentwicklung, Wohnungsbau, Verkehr und Umwelt, am 2. Juni über die „Baupolitik im Land Berlin und in Charlottenburg-Wilmersdorf“. **BS** □

➔ Dienstag, 2. Juni, 19:30, Restaurant Prometheus, Schlangenbader Str. 16, 14197 Berlin

Reinickendorf:

## Zukunft TXL: Welche Perspektiven gibt es?

**Was kommt nach dem Fluglärm? Dieser Frage gehen die beiden SPD-Abgeordneten Bruni Wildenhein-Lauterbach (Wedding) und Jörg Stroedter (Reinickendorf) in einer Diskussionsveranstaltung am 3. Juni nach.**

Unter dem Motto „Zukunft TXL: Entwicklungsperspektiven für den Flughafen Tegel“ diskutieren Staatssekretär Prof. Dr.-Ing. Engelbert Lütke Daldrup und Uwe Brockhausen, Bezirksstadtrat in Reinickendorf. Die Moderation hat Alexander Kulpok. **BS** □

➔ Mittwoch, 3. Juni 2015, 19:00 Uhr, Hotel „Larat“, Ollenhauerstr. 119, 13403 Berlin (Ecke Auguste-Viktoria-Allee)

Trepow-Köpenick:

## Innovation, Industrie, Impulse

**„Innovation, Industrie, Impulse“ - unter diesem Motto steht eine Veranstaltung der SPD Trepow-Köpenick mit Thomas Niemeyer, Leiter des Regionalmanagements, zur Entwicklung von Berlin-Schöneeweide.**

Ausgehend von Schöneeweide entwickelt sich Berlin zum Zentrum der Elektroindustrie und der Elektrizitätswirtschaft - und der Ruf der Stadt als Industriemetropole wurde begründet. Die Geschichte Schöneweides ist eng mit der des AEG-Konzerns verbunden, dessen Ansiedlung die Entwicklung von Schöneeweide zu einem Industrie- und Arbeiterbezirk begründete. Der Architekt und Designer Peter Behrens errichtete an der Wilhelmienhofstraße einige herausragende Industriebauten für die AEG. Nach Ende des zweiten Weltkrieges konzentrierten sich hier die führenden Betriebe der elektrotechnischen und elektronischen Industrie.

Heute entwickelt sich Schöneeweide immer mehr zu einem Wissenschafts- und Technologiestandort. Mit der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) haben die kreativen Unternehmen eine der führenden Hochschulen Deutschlands im Bereich der Lehre und Forschung als Kooperationspartner in unmittelbarer Nähe.

Das Regionalmanagement Schöneeweide begleitet und unterstützt gemeinsam mit den Immobilieneigentümern die Entwicklung des Gebiets und die Ansiedlung von Unternehmen - rund 200.000 Quadratmeter Fläche stehen dafür zur Verfügung. □

➔ Montag, 1. Juni, 19:00 Uhr, großer Saal des Nachbarschaftshauses „Villa offensiv“ (Erdgeschoss), Hasselwerderstraße 38, Niederschöneeweide.

Reinickendorf:

## Ein neuer Stadtteil entsteht

Kurt-Schumacher-Quartier soll auch zum Wohnen dienen

**Noch setzen am Rande der Autobahnausfahrt der A 111 zum Kurt-Schumacher-Platz die Flugzeuge auf die Landebahnen von TXL auf. In einigen Jahren entsteht dort ein völlig neuer Stadtteil von Reinickendorf.**

Im Bereich des Kurt-Schumacher-Dammes wird am östlichen Rand des Flughafen-Areals ein Wohnquartier mit 5.000 Wohnungen und zugehöriger Sozialinfrastruktur, also Kindergärten und Schulen, auf rund 40 Hektar Fläche geschaffen. Die geschätzten Baukosten für das Quartier belaufen sich auf rund eine Milliarde Euro. Bis zu 50 % der Wohnungen werden sozial gefördert, so dass hier eine breite Mischung sichergestellt sein wird. Vor allem städtische Wohnungsbaugesellschaften sollen hier bauen. Ein Grüngürtel von acht Hektar Fläche als westliche Abschirmung zum Forschungs- und Technologiepark auf Höhe des Flughafentunnels kommt dazu. Ein wichtiges Signal, dass auf öffentlichen Flächen in Reinickendorf preiswerter neuer Wohnraum entsteht.

Der Senat will zügig nach dem Ende des Flugbetriebes im Jahr 2018 mit dem Bau des Kurt-Schumacher-Quartieres beginnen. Bereits parallel zur Betriebseinstellung auf dem Flughafen kann das Bauplanungsrecht geschaffen werden. Da auf dem Areal des Flughafens derzeit mit bis zu 15.000 Arbeitsplätzen und 5.000 Wohnungen gerechnet wird, erfolgt eine Trassenfreihaltung für ein spurgebundenes Nahverkehrsmittel am Kurt-Schumacher-Platz. Bereits in 2016 wird ein Planungswettbewerb ausgelobt, um keine Zeit zu verlieren. Im Jahr 2018 soll Baurecht auf dem Flugfeld geschaffen sein. Mit bauvorbereitenden Maßnahmen kann dann Anfang 2018 begonnen werden. Der Baubeginn für die Wohnungen wäre dann ab 2019 möglich. Das Quartier könnte nach Fertigstellung aller Bauten bis zu 10.000 Bewohner beheimaten. Schon jetzt ist der Zuzug von Menschen aus den Innenstadtebenen mit stark steigenden Mietpreisen nach Reinickendorf zu spüren.

Gerade wegen der Wohnungssituation in Berlin muss die Entscheidung, die Cité Pasteur als Wohnstandort zu erhalten, begrüßt werden. Das Gebiet wird zukünftig als Mischgebiet ausgewiesen. Dies bedeutet, dass dort Wohnen und nicht störendes Gewerbe nebeneinander möglich sind. Zum Forschungs- und Technologiepark erfolgt eine Abschottung durch Flächen mit Schutzauflagen.

Im März 2015 hat der Senat beschlossen, den Nachnutzungsprozess für das Flug-



Wohnquartier in Tegel. Modellbild: Andreas Schiebel, Tegel Projekt GmbH

hafenterminal fortzusetzen. Die Beuth-Hochschule für Technik wird auf dem Gelände ihren zweiten neuen großen Campus bekommen. Sie wird Motor und Anker für die Entwicklung des Forschungs- und Technologieparks. Der Forschungs- und Technologiepark wird durch die Erhöhung der Wohnungszahlen nicht kleiner.

Für die SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Reinickendorfs sind neue Arbeitsplätze als Ersatz für die Verlagerung des Flughafens eine gute Botschaft. Besonders wichtig ist die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum im Kurt-Schumacher-Quartier und daneben eine Anbindung nicht nur nach Süden, sondern auch mit Wegen für Radfahrer und Fußgänger Richtung Norden. Auf eine attraktive ÖPNV-Anbindung des neuen Wohnviertels kann nicht verzichtet werden. Schließlich ist es als autoarmes Gebiet geplant. Es darf kein isolierter Fremdkörper werden und muss mit dem Gebiet an der Scharnweberstraße verzahnt werden. Daher steht hier die Forderung für die Scharnweberstraße nach einer Ausweitung als Stadtumbaugebiet West im Raume. Mit Hilfe dieses Programmes sollen schwerpunktmäßig Wegebeziehungen und Gemeinbedarfseinrichtungen ertüchtigt bzw. neu geschaffen werden.

Darüber hinaus entsteht eine Erweiterung des Erholungsgebietes südlich des Flughafensees mit der Tegeler Stadtheide. Nicht für alle Flächen erfolgt eine Aufforstung. Die derzeit vorhandene heideartige Wiesenlandschaft soll weitestgehend erhalten bleiben.

Die wichtigste Botschaft: Von der Schließung des Flughafens werden die Gebiete profitieren, welche bisher unter dem Fluglärm und der Umweltbelastung gelitten haben. Und dies sind vor allem die Gebiete in der Umgebung des Kurt-Schumacher-Platzes und der Scharnweberstraße.

Ulf Wilhelm □

Debatte:

## Gibt es Schnittmengen?

Abteilung Grünes Dreieck diskutierte Sicherheitspolitik

**Bewaffnete Drohnen, NATO und NSA: Es ging belebt zu bei der Veranstaltung zum Thema rot-rot-grüne Perspektiven in der Außenpolitik am 20. Mai im „Lindengarten“ zu der die Abteilung „Grünes Dreieck“ der SPD Mitte geladen hatte.**

Während die Juso-Bundesvorsitzende Johanna Uekermann die Vorteile einer linken Perspektive jenseits der „Großen Koalition“ betonte, stellte der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Rainer Arnold auf den nach seiner Meinung nicht vorhandenen Realismus der Linkspartei ab. Das Ziel der Veranstaltung war es, eine kontroverse Debatte herbei zu führen, was an diesem Abend auch gelang.

Johanna Uekermann stellte heraus, dass Außen- und Sicherheitspolitik global und umfassend gedacht werden müssen. Fragen der Flüchtlingspolitik, der weltweiten sozialen Gerechtigkeit sowie der Abrüstung und Entwicklungszusammenarbeit müssten in einem Gesamtkonzept zusammen gedacht werden. Insbesondere bei den Themen Abrüstung, in der Flüchtlingspolitik als auch bei der globalen Umverteilung sieht sie rot-rot-grüne Gemeinsamkeiten und Möglichkeiten für fortschrittlichere Politik als aktuell. Insbesondere bei der Abrüstung käme man in einer Koalition mit der Union keinen Schritt weiter. Rainer Arnold schloss eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei weitestgehend aus. Er sieht keine Möglichkeit mit diesem Koalitionspartner die von Deutschland geforderte Verantwortung in der Welt innerhalb der NATO oder der EU zu tragen.

Die größte Meinungsverschiedenheit entspann sich bei dem Thema bewaffnete Drohnen. Während Johanna und auch



Johanna Uekermann, Andreas Wiedermann und Rainer Arnold. Foto: Abt. Grünes Dreieck

Wortbeiträge aus dem Publikum eine Ächtung aller automatisierten Waffensysteme einforderten, argumentierte Rainer Arnold dafür, bei der Militärtechnik nicht hinter anderen Ländern zurück zu bleiben.

Die Diskussion war nur ein Auftakt. Sie hat gezeigt wie weit die Meinungen in der SPD auseinander gehen, wenn es um Regierungsbündnisse auf Bundesebene geht. Die 16. Abteilung will bis zur Bundestagswahl 2017 weitere Veranstaltungen zu Rot-Rot-Grün organisieren. Sie ist davon überzeugt, dass die SPD Bündnisoptionen jenseits der Union braucht und will einen Beitrag dazu leisten, dass diese Diskussion in der Partei frühzeitig geführt wird.

**Andreas Wiedermann, Daniel Schwanz und Bettina Schulze** □

## Vorstandswahl

Daniela Kaya (Friedrichshain-Kreuzberg) und Marek Much (Mitte) bewarben sich am 1. Juli auf der Landesdelegiertenkonferenz der AG Migration und Vielfalt um den Landesvorsitz. Vorgänger Aziz Bokurt ist zum Bundesvorsitzenden gewählt worden.

BS □

FA Internationales:

## Unterstützung organisieren

Fachausschuss diskutiert Rolle der Zivilgesellschaft in Afghanistan

**Zu einem gemeinsamen Workshop über „Die Rolle der Zivilgesellschaften im Exil und im Lande für den Frieden Prozess in Afghanistan“ laden der Fachausschuss Internationales und das Afghanistan-Komitee am Samstag, den 13. Juni 2015.**

Die Zuspitzung der Sicherheitslage, Anschläge von Taliban und anderen regierungsfeindlichen Kräften, darunter auch Aktivitäten der weltweit agierenden Terrororganisation IS, das Stocken der Regierungsbildung, der unvermeidliche Einbruch in der Wirtschaftsentwicklung und

der Verlust vieler Arbeitsplätze durch den Abzug der ISAF-Truppen überschatten die seit 2001 erzielten Fortschritte in der Infrastruktur, in der Bildung, in der Nutzung öffentlicher und sozialer Medien und in der Normalisierung des Alltagslebens in den größeren Städten in Afghanistan. Die Veranstaltung stellt Initiativen im Land und im Exil vor, die sich am Aufbauprozess beteiligen und will zeigen, wie sie unterstützt werden können.

BS □

➔ Samstag, 13. Juni 2015, 13.00 - 19.00 Uhr, Kurt-Schumacher-Haus; Erika-Heß-Saal; Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Zehlendorf-Süd:

## Engagement für Flüchtlinge

**Beim Stadtteiltag Zehlendorf-Süd ist vor allem eines deutlich geworden: Das vielfältige Engagement der Bürgerinnen und Bürger für Flüchtlinge.**

SPD-Fraktionschef Raed Saleh und die Wahlkreisabgeordnete Irene Köhne waren am 21. Mai in verschiedenen Einrichtungen im Kiez unterwegs und konnten die ausgeprägte Willkommenskultur erleben. In der Süd-Grundschule in der Claszeile zeigte Schulleiter Alfred Peters seine Willkommensklassen, in denen Flüchtlingskinder Deutsch lernen. Viel mehr als nur ein freundliches „Guten Tag“ - Raed Saleh und Irene Köhne waren begeistert, wie gut die aufgeweckten Mädchen und Jungen sich schon mit Ihnen unterhalten konnten. Im Mehrgenerationenhaus Phoenix am Teltoer Damm trafen beide dann engagierte Seniorinnen und Senioren, die praktische Hilfe im Alltag leisten. „Das sind ehrenamtliche Expertinnen und Experten, die ihr Wissen weitergeben und damit einen wichtigen Beitrag leisten“, würdigte Raed Saleh ihre Arbeit. So gibt zum Beispiel ein ehemaliger Lehrer Flüchtlingskindern Nachhilfe, eine Dame begleitet Flüchtlinge bei Behördengängen, eine andere geht direkt in die Flüchtlingsheime und hilft dort. Ob Kleidung, Spielzeug, Kinderbetreuung - die Ehrenamtlichen organisieren es. In der Jugendfreizeiteinrichtung „Streetlife“ des



Besuch der Willkommensklassen in Zehlendorf: die Abgeordnete Irene Köhne und der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh. Foto: Stäuble

Vereins Zephir e.V. gleich um die Ecke warten Freizeit- und Beratungsangebote auf Jugendliche verschiedener Herkunft.

Gerne wird dort für Neuankömmlinge gekocht, das gemeinsame Essen baut Brücken. Irene Köhne und ihr Team besuchten beim Stadtteiltag auch die Flüchtlingsunterkunft an der Goerzallee. Am Abend stand die Diskussionsrunde „Aufstieg für Alle - Gute Schulen, Chancen für Flüchtlinge, Integration mit Konzept“ mit SPD-Fraktionschef Raed Saleh und Gesprächspartnern aus dem Kiez auf dem Programm, Irene Köhne moderierte.

CS □

## FRAKTION INTERN



Blutspende in der Charité: der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh.

Foto: Wiebke Peitz / Charité

**Aufruf zur Blutspende.** SPD-Fraktionschef Raed Saleh hat gemeinsam mit Charité-Chef Prof. Dr. Karl Max Einhüpl und Vivantes-Chefin Dr. Andrea Grebe zum Blutspenden aufgerufen. Hintergrund: Fast alle Menschen sind im Laufe ihres Lebens einmal auf eine Blutspende aufgewiesen - aber nur etwa 3 Prozent der Bevölkerung spenden Blut. Gerade in den Sommermonaten werden Blutspenden oft knapp. Raed Saleh spendete deshalb selbst Blut. Er möchte insbesondere junge Frauen und Männer zum Blutspenden animieren, denn Spendernachwuchs wird dringend gebraucht.

**Untersuchungsausschuss BER in der Schlussphase.** Der Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Ursachen, Konsequenzen und Verantwortung für die Kosten- und Terminüberschreitungen des Flughafens Berlin Brandenburg Willy Brandt (BER) hat seit seiner Einsetzung im September 2012 in bislang 44 Sitzungen 46 Zeugen angehört und mehr als 1680 Aktenordner an Beweismaterial ausgewertet. Als Ergebnis der intensiven Aufklärungsarbeit ist ein relativ klares Bild sachlicher Zusammenhänge und persönlicher Verantwortlichkeiten entstanden. Mit den Zeugenanhörungen von Innensenator Frank Henkel und dem ehemaligen Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit wird die politische Aufarbeitung des Flughafen-Desasters in den kommenden Sitzungen weitgehend zum Abschluss gebracht. Von beiden Zeugen erwartet sich der SPD-Sprecher im Ausschuss Ole Kreins wichtige und wertvolle Hinweise über den Verlauf der Krisenbewältigung nach dem 3. Juni 2012. „Die Fertigstellung des Flughafens erscheint uns jedoch, nachdem nun ein konkreter Zeitraum für die geplante Eröffnung aufgezeigt und die Planungsschritte bis dahin skizziert wurden, in absehbare Nähe gerückt. Einem zügigen Abschluss der Untersuchungen des Ausschusses sollte nun nichts mehr im Wege stehen“, so Kreins. **cs** □

### Queer-Sozis:

# Mut ist immer noch nötig

## Magnus Hirschfeld-Preis verliehen

Vor gut 120 Gästen ist im Festsaal des Rathauses Charlottenburg am 12. Mai der Magnus-Hirschfeld-Preis 2015 verliehen worden. Die Jury des Magnus-Hirschfeld-Preises hat den Preis in der Kategorie Einzelperson an Conny Hendrik Kempe-Schälicke, Gründungsmitglied und Vorstandsmitglied von Seitenwechsel - Sportverein für Frauen-LesbenTrans\*Inter\* und Mädchen e.V. vergeben. Den Preis in der Kategorie Institution/Projekt erhielt das Schwule Museum.

Der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß und Annegret Hansen, stv. Bezirksverordnetenvorsteherin Charlottenburg-Wilmersdorf, begrüßten PreisträgerInnen und Gäste, der Soziologe Dr. Rüdiger Lautmann würdigte Arbeit und Wirken von Magnus Hirschfeld, der gemeinsam mit einigen anderen einen wesentlichen Beitrag zur Gleichstellung geleistet habe.

Der SPD-Vorsitzende Jan Stöß wies darauf hin, dass es auch heute noch des Mutes bedarf, sich für gleiche Rechte einzusetzen. In Berlins Partnerstädten Budapest, Moskau oder Istanbul gebe es gerade deutliche Einschränkungen. Staatssekretärin Barbara Loth wies auf die noch immer ungelöste Frage der Rehabilitierung von Opfern des Paragraphen 175 hin. Hier werde das Land Berlin einen erneuten Vorstoß unternehmen. Es sei nicht akzeptabel, dass die Opfer während der NS-Zeit Anerkennung gefunden hätten, während diejenigen, die in der Bundesrepublik und der



Magnus-Hirschfeld-Preis: Jury und Preisträger.

Foto:Horb

DDR nach dem gleichen Paragraphen verfolgt wurden, bis heute auf ihre Rehabilitierung warten müssten.

Der Magnus-Hirschfeld-Preis wurde von der SPD Berlin und den QueerSozis (Schwusos) in der SPD Berlin jetzt zum 5. Mal vergeben. Der Preis erinnert an den Sozialdemokraten und Mitbegründer der ersten Homosexuellen-Bewegung der Welt Magnus Hirschfeld. Die Verleihung erfolgte zwei Tage vor dem 80. Todestag des Sexualforschers.

Seitenwechsel, von Conny Hendrik Kempe-Schälicke „am Küchentisch“ mitbegründet, ist inzwischen ein anerkannter Verein mit über 1000 Mitgliedern und Organisator großer Veranstaltungen. Wer das Schwule Museum, aus einer Initiative innerhalb des früheren Berlin-Museums entstanden, in der Lützowstraße selbst aufsuchen will, muss sich noch bis zum 25. Juni gedulden. Derzeit wird umgebaut. **BS** □

### AG Selbst aktiv:

## Wie inklusiv ist die Berliner SPD?

**„Wie schließen wir niemanden aus? Die SPD als inklusive Partei gestalten“ - dazu soll am 3. Juni ein Austausch über Erfahrungen und Möglichkeiten stattfinden.**

Bereits seit Längerem beschäftigt sich die Berliner SPD mit der Frage, wie das Parteileben inklusiv gestaltet werden kann. Als ersten Schritt hatte die AG Selbst Aktiv einen Fragebogen entwickelt und die Barrieren abgefragt, auf die Menschen mit Behinderungen in unserer Partei treffen. Nun möchte der Landesverband gemeinsam mit der AG Selbst Aktiv und den Jusos Mitte die Abteilungen, Kreise und AGs zu einem ersten Meinungsaustausch einladen.

➡ Mi. 03.06.15 von 18 Uhr bis 20 Uhr, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin

### SPE-Aktivisten:

## Aktiv für ein besseres Europa

**Die SPE Aktivisten treffen sich jeden 2. Donnerstag im Monat, um in gemüthlicher Atmosphäre über aktuelle europäische Themen, Organisation, den SPE Kongress in Budapest und andere europa-bezogene Aktionen zu reden.**

Mitglieder der europäischen sozialdemokratischen, sozialistischen und Arbeiterparteien können direkt am Parteileben der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) teilnehmen – als SPE-Aktivisten. Es gibt rund dreihundert registrierte Mitglieder in der SPE-Citygroup Berlin. SPD-Mitglieder können sich einfach auf der SPE-Homepage registrieren: [www.pes.eu/join\\_activists](http://www.pes.eu/join_activists).

➡ 11.06.2015, 19:00 Café Orange, Oranienburger Straße 32, 10117 Berlin, mehr Informationen: <http://www.spe-berlin.eu>

Infrastruktur:

# „Das wird alles teurer werden“

Cansel Kiziltepe und Swen Schulz: PPP-Modelle dürfen nicht wiederbelebt werden

**Die Haushalts- und Finanzpolitik der Großen Koalition wird durch zwei Paradigmen gekennzeichnet oder besser gesagt gefesselt: durch die „Schwarze Null“ und den Verzicht auf Steuererhöhungen. Beides ist sicherlich in weiten Bereichen der Öffentlichkeit populär. Doch unter volkswirtschaftlichen und sozialen Aspekten ist das eine falsche Weichenstellung. Denn der Bedarf an öffentlichen Investitionen ist enorm. 2014 hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau den Bedarf auf 118 Milliarden Euro beziffert. Andere Autoren vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung errechneten einen jährlichen Mehrbedarf von mindestens 10 Milliarden Euro, um die Investitionslücke zu schließen.**

Der Handlungsbedarf ist dringend, denn: Ein Staat, der zwar einen ausgeglichenen Haushalt hat, aber nicht in seine Infrastruktur investiert, handelt unvernünftig. Ein Unternehmen, das Gewinne immer nur abführt aber Maschinen nie erneuert, wird genauso über kurz oder lang in Schwierigkeiten kommen.

Schon vor der Bundestagswahl 2013 hat sich die SPD intensiv mit dem Thema Investitionen auseinandergesetzt. Im Wahlprogramm hatten wir höhere Steuern gefordert, um die notwendigen Investitionen in Bildung und Infrastruktur zu finanzieren. In den Koalitionsverhandlungen haben sich aber CDU und CSU geweigert, die dafür notwendigen Spielräume zu schaffen.

## DER STAAT HAT KEIN GELD, DIE LEBENSVERSICHERER SCHON?

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel hat darum eine Experten-Kommission unter der Leitung von Marcel Fratzscher, Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, gebeten, neue Wege zur Finanzierung der Infrastruktur aufzuzeigen.

Ein Grundmotiv der Kommission hatte Sigmar Gabriel bereits im letzten Sommer öffentlich formuliert: Der Staat habe angesichts von „Schwarzer Null“ und Verzicht auf Steuererhöhungen nicht genügend Geld. Doch die Lebensversicherungen hätten jede Menge - aber angesichts niedriger Zinsen keine guten Anlagemöglichkeiten. Warum, so Gabriel, nicht die Lebensversicherungen die öffentliche Infrastruktur finanzieren lassen?

Der Bericht, der im April vorgestellt wurde, enthält in der Tat einige Vorschläge, die es zu diskutieren lohnt. Letztlich wird aber



Lehnen PPP-Projekte ab: die Berliner Bundestagsabgeordneten Swen Schulz und Cansel Kiziltepe. Foto: Büro Kiziltepe

viel von deren konkreter Ausgestaltung abhängen. Die Kommission hält fest, dass öffentliche Infrastruktur wichtig ist und dringend verbessert werden müsse. Es wird betont, dass der Staat mit seinen Mitteln aktiver sein sollte. Hervorzuheben ist der vorgeschlagene „Nationale Investitionspakt für Kommunen“: Über die nächsten drei Jahre sollen 15 Milliarden dafür bereitgestellt werden.

## EIN SCHMALER GRAT ZWISCHEN ALTEN HÜTEN UND NEUEN LÖSUNGSANSÄTZEN

Eine zu gründende Infrastrukturgesellschaft des Bundes könnte alle Fernstraßen in Deutschland übernehmen. Daneben soll auch ein Infrastrukturfonds geprüft werden, aus dem auch kommunale Projekte (wie Kitas, Bibliotheken, Schwimmbäder etc.) unterstützt werden. Hier ist der Grat zwischen dem alten Hut der Public-Private-Partnerships und progressiven Lösungen sehr schmal.

Wenn man sich am Vorbild Österreichs orientiert, könnte es ein effektives Mittel des Staates werden, Investitionen anzuschieben. Kaufen sich private Akteure mit ihren Renditeerwartungen ein, landet man schnell bei den gescheiterten PPP-Modellen der Vergangenheit.

Für diese Modelle gilt, was in der Berliner SPD schon seit langem Diskussionsstand ist und was der frühere Finanzminister Hans Eichel auf den Punkt gebracht hat: „Das wird alles teurer werden.“ Und zwar für den Staat - sprich für die Gemeinschaft der Steuerzahler - und die Verbraucher. Und wer hat den Profit? Die privaten Investoren.

Denn der Staat kann sich derzeit für deutlich unter ein Prozent Zinsen verschulden. Geld kostet derzeit fast nichts. Die Privaten erwarten aber eine Rendite von drei, vier oder mehr Prozent. Die jedoch muss bezahlt werden - entweder direkt vom Staat oder aber von den Nutzern der öffentlichen Infrastruktur, etwa durch eine gesonderte Maut auf Autobahnen.

## DIE BÜRGER WÜRDEN DIE ZECHE ZAHLEN

Letztlich läuft das darauf hinaus, dass sich die Bundesregierung dafür feiern lassen will, dass sie keine Schulden mehr macht und auf Steuererhöhungen verzichtet. Doch tatsächlich findet die Verschuldung - viel teurer - bei Privaten statt und die Bürger müssen höhere Gebühren zahlen. Ein Taschenspielertrick - und ein schlechter noch dazu.

Auch eine Investitionsquote in öffentlichen Haushalten klingt verlockend, um das Problem anzugehen. Aber wenn dem Staat durch die Schuldenbremse der Spielraum für Verschuldung fehlt und gleichzeitig Investitionen festgeschrieben werden, könnte dies letztlich zu Lasten von Sozialausgaben gehen.

Die Schaffung von Beratungskapazitäten für Kommunen, damit sie Projekte kompetent planen und durchführen können, ist angesichts des Personalabbaus in den öffentlichen Verwaltungen ein guter Beitrag - darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die öffentliche Verwaltung dringend selbst das benötigte Fachwissen wieder aufbauen muss. Der Aderlass in den vergangenen Jahren hat erst in diese Situation geführt.

## BEACHTENSWERTES MINDERHEITENVOTUM DER GEWERKSCHAFTEN

Die Gewerkschaften haben zum Bericht ein beachtenswertes und kritisches Minderheitenvotum abgegeben. Gerade die SPD sollte sich diese Sichtweisen sehr zu Herzen nehmen.

Wir werden im Deutschen Bundestag voraussichtlich recht bald Vorlagen zur konkreten Umsetzung der Kommissionsvorschläge bekommen. Dann muss es für die SPD darum gehen, ein klares Signal gegen Public-Private-Partnership-Modelle zu senden und gleichzeitig Geld für die dringend benötigten Investitionen zu mobilisieren.

**Cansel Kiziltepe und Swen Schulz □**

Sozialdemokratie:

# Soziale Demokratie muss sichtbarer werden

Bernd Schimmler: Wie Wirtschaftswissenschaft das Denken verändert hat

**Als die Kosten-Leistungsrechnung in der Berliner Verwaltung eingeführt wurde, sollten die Mitarbeiter in den neunziger Jahren durch die großen Beraterfirmen geschult werden. Also trafen junge Betriebswirte auf lang gediente Beamte, die ihre Erfahrungen mit Führungskräften, aber auch mit den Einrichtungen der lokalen Demokratie gemacht haben. Und so kam es zu der Frage, wie es sich verhalte, wenn die Bezirksverordnetenversammlung eine bisher nicht vorgesehene Parkbank an einem Durchgangsweg eines Parks, den die Bewohner eines Seniorenheimes häufig nutzen, beschloss, dies aber im Budget nicht vorgesehen sei. Die betriebswirtschaftliche Antwort: Das gehe nicht, das Kommunalparlament könne das nicht beschließen. Auf den Vorhalt, dass dieses Recht aber in der Verfassung stehe, kam die etwas hilflose Antwort, dann müsse man das Recht - heißt wohl die Verfassung - ändern.**

Woher kommt solches Denken? Während von den dreißiger bis in die siebziger Jahre die Wirtschaftspolitik den Lehren des britischen Ökonomen John Maynard Keynes und seinen Schülern dominiert wurde, wendete sich das Bild unter dem verstärkten Einfluss des US-Österreichers Friedrich A. von Hayek, dessen „wilde Schüler“ maßgeblich für die Entwicklung zu den Finanzkrisen des 21. Jahrhunderts verantwortlich sind. George Packer hat in seinem preisgekrönten Buch „Die Abwicklung“ diese Stimmung eingefangen. So zitiert er den Lobbyisten Jeff Connaughten: „... als bestimmte Praktiken kaum noch ernsthafte Konsequenzen hatten, als Verhaltensnormen wegbrachen, die zumindest die schlimmsten Exzesse der Geldmacherei verhindert hatten, kippte plötzlich die gesamte Kultur. Und zwar gleichzeitig an der Wallstreet und in Washington.“ Systematisch wurden die nach dem Börsenkrach von 1929 eingeführten Regelungen wie das Glass-Steagall-Gesetz von 1933, das strikt zwischen dem Investitionsgeschäft und dem Geschäft mit den Konten privater Sparer unterschied, 1999 im US-Kongress einvernehmlich außer Kraft gesetzt, ebenso wurden Einschränkungen von Spekulationen im Börsengeschäft, die die Börsenaufsicht 1938 eingeführt hatte, 2007 abgeschafft. Mit fatalen Folgen.

Hayek wettete bereits 1944 mit seinem Buch „Der Weg in die Knechtschaft“ gegen den sozialdemokratisch orientierten Wohlfahrtsstaat, der seiner Meinung nach zum



Bernd Schimmler war 14 Jahre lang Volksbildungsstadtrat und von 2001 bis 2006 Abgeordneter im Wedding.

Totalitarismus führe. Er setzte darauf, seine Ideen insbesondere durch Meinungsmacher, wie Professoren, Journalisten, Lehrer usw. gezielt elitenmäßig zu verbreiten.

Entgegen der in der jungen Bundesrepublik gängigen Freiburger Schule der sozialen Marktwirtschaft, wandte sich Hayek gegen das soziale Attribut in der Marktwirtschaft. Der Markt allein war das Ziel, das alles richten sollte, oder mit der britischen Premierministerin formuliert: „Lasst uns die Regeln wegwerfen, die den Erfolg bremsen“.

Er wollte einen starken Staat, aber einen der Forderungen aus der Gesellschaft, heute meist als Zivilgesellschaft bezeichnet, abwehren sollte. Der Rechtsstaat, geprägt durch wirtschaftliche Entscheidungen und Interessen sollte Vorrang vor der Demokratie haben. Er strebte politische Körperschaften an, die „vom Volk isoliert wären“. „Politische Freiheit im Sinne von Demokratie, 'innere' Freiheit, Freiheit im Sinne des Fehlens von Hindernissen für die Verwirklichung unserer Wünsche oder gar 'Freiheit von' Furcht und Mangel haben wenig mit individueller Freiheit zu tun und stehen oft in Konflikt mit ihr ... Die Freiheit, um die es sich hier handelt, die allein als allgemeines Prinzip der Politik dienen kann und die auch das ursprüngliche Ziel aller freiheitlichen Bewegungen war, besteht ausschließlich in der Abwesenheit von willkürlichem Zwang“. An anderer Stelle wird er noch deutlicher: „Wahr ist nur, dass eine soziale Marktwirtschaft keine Marktwirtschaft, ein sozialer Rechtsstaat kein Rechtsstaat, ein soziales Gewissen kein Gewissen, soziale Gerechtigkeit keine Gerechtigkeit - und ich fürchte auch, soziale Demokratie keine Demokratie ist.“

Diese Argumentation ist höchst aktuell, wenn sich z.B. der Google-Chef Eric

Schmidt echauffiert, dass es unerträglich sei, „dass Europa rund um die Datenanalyse Maßnahmen ergreift, die so aussehen, als seien sie verbraucherfreundlich, obwohl sie in Wahrheit Handelsbarrieren sind“. Dies zeigt uns den Weg, den die Streitentscheidung nach der Methode TTIP gehen könnte: Was heißt hier Datenschutz, wenn Google alle erhobenen Daten wirtschaftlich ausschlachten will?

Neben dieser Argumentation - die den Werten des Grundgesetzes ebenso widerspricht wie den Vätern des deutschen sozialen Marktwirtschaft, aber auch den Leitlinien des Lissaboner EU-Vertrages von 2007 - wirken seine - gegen die Keynesianischen Wirtschaftsvorstellungen gerichteten Methoden bis in die aktuelle Politik, die Politik des unbedingten Sparens, das Ablehnen der Euro-Bonds, Aufkaufen von Staatsanleihen und das Ablehnen von Konjunkturprogrammen, wie sie auch die Politik der Bundesregierung bestimmen.

In dem Mainstream der wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung dominieren immer noch seit den siebziger Jahren diese Entwicklungen. Da stört der Bürger und die nationale Verfassung und da ist es auch konsequent, dass mit Freihandelsabkommen wie CETA und TTIP nicht nur geregelt werden soll, dass sich Firmen, bei Rechtsstreitigkeiten untereinander eines selbstgewählten Schiedsgerichtes bedienen, sondern dass hiermit auch demokratisch legitimierte Entscheidungen von Volksvertretungen oder durch diese legitimierten Regierungen über Schiedsgerichte und mögliche Schadensersatzforderungen ausgehebelt werden können.

Das Beispiel der Klage gegen das Frackingverbot durch die Regionalregierung der kanadischen Provinz Quebec vor einem dieser Schiedsgerichte ist ein ausreichendes - wenn auch nicht das einzige - Beispiel. Es muss Grundsatz sein, dass sich Investoren, die durch demokratisch legitimierte Entscheidungen, z.B. auch Bürgerentscheidungen ausgebrems werden, sich einzig an die zuständigen Gerichte des Landes, bzw. in Europa die europäischen Gerichten wenden dürfen.

Dies gilt auch für Entscheidungen im Bereich der Umweltgesetze. Hier besteht die Gefahr, dass fortschrittliche Umweltgesetze durch Schiedsgerichte ausgehebelt werden, z.B. auch aus Konkurrenzgründen, wenn z.B. die Umweltregelungen auf fortschrittlicher Technologie beruhen, die z.B. patentgeschützt ist. Hierauf hat kürzlich das Umweltbundesamt hingewiesen.

**Fortsetzung nächste Seite**



## Fortsetzung von Seite

Auch im kulturellen Bereich sehen die Fachverbände Probleme, wenn z.B. die in Deutschland übliche öffentlich-rechtliche Finanzierung von Volkshochschulen und anderen Kultureinrichtungen oder auch die Filmförderung durch die Landes-Medien-Boards von privaten Anbietern aus den USA als diskriminierend vor Schiedsgerichten angegriffen werden würde.

Die Ankündigung von Sigmar Gabriel in einem Mitgliederbrief vom 24.2.2015 wirkt da nicht beruhigend, wenn er schreibt, aus den Schiedsgerichten „öffentlich-rechtliche Institutionen zu machen“, quasi „echte Handelsgerichtshöfe“. Aber diese hätten andere Prioritäten als Verwaltungs- und Verfassungsgerichte, die dazu da sind, die Rechtmäßigkeit von administrativen Verhalten am Maßstab der Gesetze des Landes und der Verfassung zu überprüfen. Dass es bei diesen „echten Handelsgerichtshöfen“ letztlich bei den Streitgegnern darum geht, Einfluss auf das Verfahren zu behalten, zeigt das Beispiel der WTO und des Internationalen Gerichtshofes der Vereinten Nationen. Dieser IGH hat in 65 Jahren keinen reinen handelsrechtlichen Streit zu entscheiden, während die beeinflussbare WTO-Streitschlichtung in den ersten fünf Jahren 200 Fälle zu entscheiden hat. Es kommt also auf den Inhalt der Freihandelsvereinbarungen an und nicht auf schönklingende Formulierungen.

Auch in einem anderen Punkt werden verstärkt die Verwertungsinteressen der Finanzwirtschaft z.B. der Versicherungen aber auch der Finanzgesellschaften beim Zugriff auf staatliche Leistungen bedeutsamer. Die plötzlich wieder auflebende Diskussion über Publik-Privat-Partnership, z.B. beim Autobahnbau oder der kommenden Maut oder auch bei der Erstellung und dem Betrieb von Strafvollzugsanstalten ist für die Finanzwirtschaft deshalb interessant, weil gewaltige Mengen an Kapital derzeit wenig Ertrag bringen. Da sind Investitionen für staatliche Infrastrukturen interessant, weil sie langfristig sicheren Gewinn bringen, wenn auch nicht in solchen gigantischen Höhen, wie vor der Finanzkrise von 2008. Obwohl schon spätestens seit den achtziger Jahren in der wissenschaftlichen Diskussion unbestritten ist, das PPP teurer ist als die eigene Finanzierung durch den Staat. Auch entsprechende Gutachten und Denkschriften der deutschen Rechnungshöfe haben hier die Politik augenscheinlich nicht beeindruckt.

Leider vermisst man derartige Gegenpositionen zum ökonomisch-europäischen Mainstream aus dem sozialdemokratisch geführten Wirtschaftsministerium oftmals - oder Stellungnahmen aus der Partei werden mit Pressestatements des Ministeriums konterkariert.

Bernd Schimmler □

## Pflege:

# Ein Berufsverband muss her

Ulker Radziwill: Landespflegekammer hilft nicht

**In der Pflege beschäftigt zu sein, bedeutet unter Zeitdruck zu stehen, hohen körperlichen und oft auch psychischen Belastungen ausgesetzt zu sein und in der Regel leider schlecht bezahlt zu werden. Pflegekräfte müssen unter diesen Bedingungen fachliche Entscheidungen treffen, hohe zwischenmenschliche Fähigkeiten an den Tag legen und ein großes Einfühlungsvermögen mitbringen. Die Pflegerinnen und Pfleger in Berlin leisten eine enorm anererkennungswürdige Arbeit für unsere Gesellschaft und tragen eine große Verantwortung nicht nur für diejenigen, die pflegebedürftig sind, sondern auch für deren Familien und Angehörige. Pflegebedürftig, das werden wir wohl alle zumindest im hohen Alter eines Tages sein. Grund genug, die Rahmenbedingungen und die Anerkennung des Pflegeberufs zu verbessern.**

## LANDESPFLEGEKAMMER: UNERFÜLLBARE VERHEISSUNGEN

Die von Senator Czaja geforderte Landespflegekammer verheißt den Pflegefachkräften eine Interessensvertretung ihres Berufstandes sowie eine Weiterqualifizierung der Pflege. Wenn man allerdings genauer hinschaut, werden sich diese Verheißungen kaum erfüllen können. Sicherlich würde eine Pflegekammer als ein Sprachrohr der Pflegenden funktionieren und damit einen Zweck erfüllen. Die Pflegekammer wird aber nicht die Interessen der Pflegefachkräfte im Sozial- und Tarifrecht vertreten können, da sie keine Tarifpartei sein wird und auch nicht bei Tagessatz- oder Gebührenverhandlungen involviert sein wird. Sie wird schon mal nicht für die nötige bessere Bezahlung sorgen können.

Die zweite Verheißung ist die der Weiterqualifizierung der Pflege. Auch hier ist es unbestritten, dass sowohl die fachliche Weiterentwicklung der Pflege als auch die Sicherstellung der Qualifikation von großer Bedeutung sind. Allerdings wird das für die Pflegekräfte auch bedeuten, dass hierfür ein enormer bürokratischer und finanzieller Aufwand auf sie zukommt. Denn in Zeiten, in denen die Pflege unterfinanziert ist, in denen teilweise für die Ausbildung Schulgeld gezahlt werden muss, bedeutet diese Pflegekammer auch: Zwangsmitgliedschaft, Pflichtweiterbildungen, Doppelstrukturen und mehr Bürokratie - alles finanziert durch eigene Zwangsbeiträge.



Ulker Radziwill ist Sprecherin der SPD-Fraktion für den Bereich Senioren, Soziales. Foto: SPD Berlin

## BEFRAGUNG IST KEIN KLARER AUFTRAG

Aus den Ergebnissen der Befragung von 1.196 von 29.000 examinierten Pflegekräften in Berlin lässt sich kein klarer Auftrag erkennen. Zwar sprachen sich 58,8% für eine Pflegekammer aus, allerdings ergibt die Befragung kein klares Bild. Hohe Zustimmung erreichte die Befragung in den Beschäftigten in Krankenhäusern (62,2%), in der Alten- und ambulanten Pflege fand sich keine Mehrheit für eine Kammer.

Auch haben nur 36% die Diskussion um die Pflegekammer näher verfolgt. Ein weiteres mehrfach kritisiertes Manko ist, dass an der Befragung bewusst Pflegehilfskräfte nicht befragt wurden: Sie werden nicht gewollt, obwohl gerade sie es sind, denen eine Interessensvertretung die meiste Aufwertung bringen würde. Die Pflegehilfskräfte aus der Pflegekammer heraushalten zu wollen, zementiert ein Zwei-Klassensystem, das nicht hingenommen werden kann.

Da eine Aufwertung des Pflegeberufs und eine bessere Interessensvertretung notwendig sind, müssen wir neue Wege gehen, die wirkliche Verbesserungen bringen anstatt eine Zwangspflegekammer ohne Pflegehilfskräfte zu schaffen, die die Probleme der Pflege nicht wird lösen können.

Deshalb brauchen wir den von der Berliner Arbeitsgemeinschaft der SozialdemokratInnen im Gesundheitswesen (ASG) geforderten Pflege-Berufsverband, der auf Freiwilligkeit beruht, der die Interessen aller Pflegekräfte vertritt und sich - stärker als eine Kammer das kann - für die Rechte und die Anerkennung der Pflegekräfte einsetzt. Denn für die großen Problemfelder der Pflege, Arbeitsbedingungen, niedrige Löhne und Fachkräftemangel, bietet die Kammer keine Lösungen. Hier wird ein Berufsverband sehr viel mehr bewegen.

Ulker Radziwill □

Arbeit:

# Die Standards werden unterlaufen

## Minijobber und Leiharbeiter: Viele Beschäftigte ohne Arbeits- und Gesundheitsschutz

**Der Arbeitsschutz hat mit den Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt nicht Schritt gehalten: Bei atypisch Beschäftigten wie Werkvertragsbeschäftigten, Minijobbern oder Leiharbeitern greifen viele Instrumente oft nicht, ergab eine neue Analyse, die im Auftrag der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung erstellt wurde.**

Die klassische Arbeitssicherheit gelte hierzulande als gut aufgestellt, schreiben Dr. Karina Becker und Thomas Engel. Bei der Unfallprävention habe es Verbesserungen gegeben und auch in die betriebliche Gesundheitsförderung komme Bewegung hinein. Allerdings profitierten nicht alle Arbeitnehmer von diesen Fortschritten: Bei atypisch Beschäftigten gebe es gravierende Defizite. Das schließen die Soziologen von den Universitäten Trier und Jena aus Befragungsdaten und Fallstudien, in die auch Ergebnisse eines von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Projekts eingeflossen sind.

### DAS RECHT UND DIE PRAXIS KLAFFEN AUSEINANDER

Rechtlich seien Leiharbeiter, Minijobber oder Werkvertragsbeschäftigte beim Arbeitsschutz zwar den Normalarbeitnehmern weitgehend gleichgestellt, so die Wissenschaftler in ihrer Analyse, die in der aktuellen Ausgabe der WSI-Mitteilungen erschienen ist. In der Praxis ergäben sich aber erhebliche Schwierigkeiten. So seien atypisch Beschäftigte aufgrund kurzer Einsatzzeiten oft von Arbeitsschutzroutinen wie regelmäßigen Unterweisungen ausgeschlossen. Zudem gebe es Mängel bei der Betreuung durch Sicherheitsfachkräfte und Betriebsärzte. Bei der Leiharbeit erweise sich als problematisch, dass Ver- und Entleiher gemeinsam Verantwortung für die Sicherheit tragen. Das führe dazu, dass sich in vielen Fällen niemand zuständig fühlt.

Dass Beschäftigungsform und Gesundheitsschutz eng zusammenhängen, können die Forscher anhand von Daten des Bundesinstituts für Berufsbildung und der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin belegen. Nach ihren Berechnungen sinken die Standards mit wachsendem Abstand zum Normalarbeitsverhältnis.

Von den befragten Erwerbstätigen mit unbefristetem Vollzeitjob geben 57 Prozent an, dass ihr Betrieb Gefährdungsbeurteilungen durchführt, 58 Prozent berichten von Gesundheitsförderung. Bei Teilzeit-



Ergebnisse aus der Studie von Karina Becker u. Thomas Engel über ein „Reduziertes Schutzniveau jenseits der Normalarbeit“.

Grafik: Hans-Boeckler-Stiftung

oder befristet Beschäftigten sind es jeweils 43 Prozent. Von den Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern profitieren lediglich 47 Prozent von Gefährdungsbeurteilungen, nur 29 Prozent von Maßnahmen zur Gesundheitsförderung. Beschäftigte, die in mindestens drei Kriterien vom Normalarbeitsverhältnis abweichen - zum Beispiel Geringverdiener mit Teilzeit und Befristung - kommen zu 32 Prozent in den Genuss von Gefährdungsbeurteilungen, nur 21 Prozent haben Zugang zu Gesundheitsförderung. Noch schlechter sehen die Werte bei Soloselbstständigen mit Niedriglohn aus.

### „PREKÄRE RANDBELEGSCHAFTEN“

„Mitglieder prekärer Randbelegschaften und andere atypisch Beschäftigte“ seien „von vielen Errungenschaften der Arbeitssicherheit und Gesundheitsprävention ausgeschlossen“, konstatieren die Wissenschaftler. Dabei spiele auch eine Rolle, dass sie im Vergleich zur Stammbeslegschaft weniger oder gar keine Mitbestimmungsrechte hätten.

Wie die Unterminierung von Arbeitsschutzstandards konkret abläuft, stellen Becker und Engel im Rahmen zweier Branchenfallstudien exemplarisch dar. Zum einen haben sie sich der Schlachtindustrie angenommen, die einen Verdrängungswettbewerb über knapp kalkulierte Preise und Kostenreduzierung austrägt und dabei insbesondere auf Leiharbeit und Werkverträge setzt. Mittlerweile sei in vielen

Schlachthöfen nur noch jeder Zehnte regelmäßig beschäftigt.

### ARBEITSTAGE VON ZWÖF BIS VIERZEHN STUNDEN

Viele der atypisch beschäftigten Fleischer aus Osteuropa versuchten, das karge Lohnniveau durch Arbeitstage von zwölf bis 14 Stunden auszugleichen. Dieses gesundheitsverschleißende Verhalten sei durch die überbetriebliche Arbeitsaufsicht angesichts fehlenden Personals kaum einzudämmen. Die Arbeitgeber wiederum hätten wenig Interesse an einem nachhaltigen Umgang mit Arbeitskräften, weil sie stets auf eine „migrantische Reservarmee“ zurückgreifen könnten.

Gemäß der Logik von Werkverträgen seien die Dienstleister für Personalplanung und Arbeitsschutz zuständig, Kontrollen durch die Einsatzunternehmen fänden nicht statt, Unfälle würden nicht erfasst. Obwohl das Gesetz wirksamen Schutz für alle Beschäftigten vorsehe, seien entsandte Beschäftigte in vielen substantiellen Aspekten davon ausgeschlossen, kritisieren die Autoren.

### MISSTÄNDE BEI DER HÄUSLICHEN PFLEGE

Mit erheblichen Missständen haben der Analyse zufolge auch Migrantinnen zu kämpfen, die im Bereich der häuslichen Pflege arbeiten. Da Kontrollmechanismen fehlen, seien arbeitsrechtliche Normen in Privathaushalten kaum durchzusetzen.

Zudem arbeite das Gros der Beschäftigten in einer gesetzlichen Grauzone, was ihre rechtliche Position zusätzlich schwäche. Viele Migrantinnen seien vollständig vom „Gutdünken“ der Familien abhängig, für die sie tätig sind. Diese Konstellation kann drastische Konsequenzen für den Arbeitsschutz haben: Einer der befragten Pflegekräfte wurde beispielsweise verschwiegen, dass ihre Patientin mit einem multiresistenten Keim infiziert war. All das deute darauf hin, dass sich auf der „Rückseite“ unserer Arbeitsgesellschaft ein neuer ungeschützter Bereich von Erwerbsarbeit jenseits der betrieblichen Organisation etabliert hat. Das Schutzniveau des Normalarbeitsverhältnisses sei für diese Arbeit nahezu bedeutungslos.

HBS □

Der Artikel „Reduziertes Schutzniveau jenseits der Normalarbeit“ von Karina Becker u. Thomas Engel ist in den WSI-Mitteilungen 3/2015, erschienen: media.boeckler.de/Sites/A/Online-Archiv/16032

Demokratie:

# Nie wieder wegschauen

Siegfried Heimann über drei Neuerscheinungen zur politischen Kultur

In seiner nachdenklichen und dennoch mit großer Leidenschaft geschriebenen kleinen Schrift „Nach Auschwitz“ konfrontiert Peter Steinbach uns alle mit der Frage, ob es in Erinnerung an die Judenvernichtung ausreicht, sich alljährlich zu versammeln und „Nie Wieder“ zu rufen. In der Verurteilung der unvorstellbaren Verbrechen der Nazi-Diktatur sind wir uns alle (oder doch richtiger: fast alle) einig. Aber wenn wir uns die „Realität der Untaten“, die „alltägliche Ausgrenzung“ vor Augen halten, müssen wir uns auch eingestehen, dass es damals wie heute vor allem auch um die „Zuschauer, also um uns“ gehen müsste. Steinbach verweist darauf, dass es gerade „gegenwärtig erschreckende Fälle von Ausgrenzungen und Abgrenzungen [gibt], die wöchentlich für Schlagzeilen sorgen und augenscheinlich vor allem einer emotionalen Mobilisierung dienen“.

Im Zusammenhang mit den „Montagsdemonstrationen“ und der angeblichen „Alternative für Deutschland“ wird zurzeit eher abgewiegelt. Die Zahlen der beteiligten Demonstranten werden immer kleiner und die Führungsmannschaft der AfD zerlegt sich gerade selbst.

Aber die vielen Menschen, die an den Demonstrationen in Dresden teilgenommen haben und die die AfD bei Wahlen über die 5%-Hürde gehoben haben, sind ja noch da. Schon deswegen dürfen wir nicht zuschauen, noch mehr aber gilt es, die Frage zu beantworten, wer da eigentlich alles „mitläuft“ und ob dieses Potential von „Mitläufern“ nicht jederzeit wieder mobilisierbar ist.

## EIN BLICK AUF DIE „SCHMUTZIGE SEITE“

Am Göttinger Institut für Demokratieforschung hat unter Leitung von Franz Walter eine Forschergruppe erste empirische Ergebnisse eines Forschungsprojektes vorgelegt, die überprüfbare Angaben darüber enthält, wie denn eigentlich die „schmutzige Seite der Zivilgesellschaft“ aussieht. Die Studie fragt nach der Organisation, dem Programm und auch nach den Gründen für die Spaltung von „Pegida“. Mehrere, methodisch gesicherte Umfragen unter Demonstrationsteilnehmern erlauben jedoch auch verlässliche Aussagen über die „Mitläufer“, die so gar nicht dem erwarteten Bild der „dumpfen Glatzen“ entsprechen und die deswegen nicht



Peter Steinbach, *Nach Auschwitz. Die Konfrontation der Deutschen mit der Judenvernichtung*, Bonn 2015, 112 Seiten, Euro 14,90

Lars Geiges/ Stine Marg/ Franz Walter, *Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft*, Bielefeld 2015, 207 Seiten, Euro 19,99



Sebastian Friedrich, *Der Aufstieg der AfD. Neokonservative Mobilisierung in Deutschland*, Berlin 2015, 107 Seiten, Euro 7,90

„rechtsextrem“ sein können, weil viele Abitur haben.

So dümmlich diese Argumentation schon immer war - Sarrazin lässt grüßen -, seien dennoch einige Daten aus der Untersuchung genannt: Die Demonstranten waren überwiegend männlich (81%), waren zu über 50% zwischen 35 und 55 Jahre alt und verheiratet oder verwitwet und verdienten zwischen 2000 und 5000 Euro, knapp 8% sogar mehr als 5000 Euro im Monat. Sie forderten als wichtigstes Ziel der Politik, Recht und Ordnung (65%) sowie nationale Interessen (50 %) durchzusetzen und waren zu über 77% unzufrieden mit der in der BRD praktizierten Demokratie.

## AUSGRENZUNG ALS GEMEINSAMKEIT

Die meisten Befragten „zeichnet“ ein „Wir-Gefühl“ aus, das andere ausgrenzt. Es gibt einen „tiefen Glauben an ein organisches, einheitliches Volk“, dem die „Anderen“ gegenüberstehen: „Neben den Zuwanderern und Flüchtlingen, Moslems und Juden gehörte ... eine weitere Gruppe zu den

„anderen“. Gemeint sind die Gegendemonstranten, die NoPegida-Anhänger...“ Schließlich wird in der Studie unter der Überschrift „Alternative Annäherungen“ auch nach dem Verhältnis von Pegida und AfD gefragt. Das wechselvolle Verhältnis wird freilich nur kurz beschrieben.

Genauere Auskunft gibt die kleine Schrift von Sebastian Friedrich über den „Aufstieg der AfD“. Der Autor konstatiert eine deutliche „strategische Ausrichtung nach rechts“, die ausführliche Auswertung von Wahlanalysen und Wählerwanderungen zeigt nicht nur die bekannte Herkunft der AfD-Wähler aus allen Parteien, sondern auch eine bemerkenswerte Nähe der AfD-Wähler zum sozialstrukturellen Profil der Pegida-Demonstranten.

## IDEENGEBER AM RECHTEN RAND

Nur wenige wissen ja, wofür Pegida steht: „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“. Und der Zustrom aus rechtsextremen Parteien wie der Partei „Die Freiheit“, einer „rechtspopulistischen Anti-Islam-Partei“ (Oskar Niedemeier) ist unübersehbar. Ideengeber wie Thilo Sarrazin oder die sich um Seriosität mühende Zeitschrift „Junge Freiheit“ unterstützen den Weg der Partei zum „parlamentarische Arm einer breiten rechten Bewegung“, deren Fußvolk der „reaktionäre Teil Mittelschicht“ ist.

Die von Anfang an zu erkennenden Flügelkämpfe zwischen „rechts-konservativen (warum eigentlich nicht rechtsextrem?) und dem national-liberalen Flügel sorgen zwar - wie Friedrich schreibt- dafür, dass zurzeit die Bäume der AfD noch nicht in den Himmel wachsen. Aber eine Garantie, dass die AfD eine „Eintagsfliege“ in der Parteienlandschaft bleibt, ist das nicht. Umso wichtiger ist es, bei Pegida und bei AfD genau hinzusehen und den Anfängen einer rechtsextremistischen Sammlungsbewegung zu wehren.

## RÜCKBLICK DARF NICHT DER ENTLASTUNG DIENEN

Der Rückblick auf die Verbrechen der Nazi-Diktatur darf nicht, wie Peter Steinbach schreibt, als „Entlastung, als Klagemauer, als Ablenkung“ dienen, sondern im Gegenteil als Aufforderung, sich „mit Passivität und Bequemlichkeit, mit Feigheit, mit dem Wunsch, weg zu schauen, um nicht anzustoßen“, auseinander zu setzen.

Siegfried Heimann □



Diskussionsveranstaltung zum 8. Mai: Karsten Voigt, der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß, Helga Grebing und der Vorsitzende der Historischen Kommission Heiner Wörmann.

Foto: Horb

## Kriegsende und Befreiung

**Über die Erfahrungen des Kriegsendes, die historische Bewertung der Befreiung und den Wiederaufbau der SPD diskutierten auf Einladung der Historischen Kommission am 8. Mai Karsten Voigt und die Historikerin Helga Grebing.**

Persönliches Empfinden und historische Bewertung können durchaus auseinander liegen. Bei Helga Grebing, die den Durchzug der sowjetischen Armee in Zeuthen am 25. April 1945 erlebt, war die erste Wahrnehmung: Der Krieg ist zu Ende. Das Moment der Befreiung erfuhr sie erst im Nachhinein. Ähnlich erlebte es Karsten Voigt, bei Kriegsende vier Jahre. Er war in Elmshorn zu Hause, wo SPD- und KPD-Mitglieder die Nazis vertrieben und sechs Tage, ehe alliierte Truppen einzogen, eine Selbstregierung installierten, die dann wieder abgesetzt wurde.

Unter der Moderation von Heiner Wörmann, seit März Vorsitzender der Historischen Kommission der Berliner SPD, erläuterten Helga Grebing und Karsten Voigt die weltpolitische Situation, unter der sich Befreiung und Neuanfang in Deutschland vollzogen, während in Asien der Krieg noch weitere Opfer forderte. Rasch wurden Konflikte und unterschiedliche Interessen zwischen Ost und West deutlich. Auch in der SPD und im Verhältnis von SPD und KPD brachen Konflikte aus der Vorkriegszeit erneut auf.

Karsten Voigt wies darauf hin, wie unterschiedlich heute in vielen Ländern Osteuropas, die einst zur Sowjetunion gehörten, die historische Erinnerung an das Kriegsende ist. Hier gelte es mit Sensibilität die Debatte zu führen. Ausdrücklich lobte er die abgestimmte deutsche Haltung zum Gedenken rund um den 8. Mai, mit der die Ehrung der Opfer erfolgt sei ohne an Paraden teilzunehmen. **uh □**

Berliner SPD 1945:

# „Du lebst, Du lebst“

Der Neuanfang der Berliner SPD vor siebzig Jahren

**Ende April 1945 sterben noch immer Menschen in einem Krieg, dessen Ende sich abzeichnet. Aber es gibt Hoffnungen auf einen Neuanfang, auch für die noch in Berlin lebenden Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Im Mai beginnen sie bereits mit dem Wiederaufbau der Strukturen.**

Zwischen 1000 und 3000 Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren im September 1942 noch einmal in aller Öffentlichkeit zusammen gekommen - bei der Beisetzung des letzten Berliner Bezirksvorsitzenden der SPD Franz Künstler, der an den Folgen seiner Inhaftierung verstorben war. Kontakte untereinander hatte es lange Zeit durch Veranstaltungen der Berliner Singegemeinschaft in der Singakademie gegeben, oder man kaufte bei Genossen, etwa im Neuköllner Lebensmittelgeschäft von Max Fechner. In den letzten Kriegsjahren war der Kontakt nur noch im ganz kleinen Rahmen möglich, viele SPD-Mitglieder saßen im KZ, waren ermordet oder als Soldaten an der Front.

Kurt Exner, bis 1933 Vorsitzender der zweitgrößten Berliner SPD-Abteilung, der 92. Abteilung in Neukölln, war in den letzten Wochen vor dem Einmarsch der sowjetischen Truppen untergetaucht, um nicht zum Volkssturm eingezogen zu werden. Im Prenzlauer Berg beginnt er mit dem von den Russen eingesetzten Hausobmann die Suche nach Sozialdemokraten. „Ende Mai hatten wir zehn, zwölf ehemalige Sozialdemokraten rings um den Wasserturm ausfindig gemacht. Anfang Juni gründeten wir die alte SPD-Abteilung wieder“, erinnerte sich Exner.

In der Charlottenburger Wohnung von Karl Germer, Kantstr. 125, tagte am 16. Mai 1945 erstmals nach dem Krieg ein Organisationskomitee der SPD, zusammen mit freien Gewerkschaftern und Vertretern des Allgemeinen Freien Angestellten-Bundes.

In Zehlendorf befestigten Wilhelm Griebel, Oskar Tittmann und Richard Draemert einen gemeinsamen Aufruf an alle Zehlendorfer Sozialdemokraten, sich bei ihnen zu melden, an den Bäumen. Im Haus von Erich Gniffke in der Ihnestraße fand dann Anfang Juni das erste Treffen statt. Karl Hoffmann wurde zum Vorsitzenden gewählt. Der damalige Schriftführer Herbert Antoine erinnerte sich später: „Der Verkehr mit den Außenbezirken funktionierte ja noch nicht. Als jüngster im Vorstand musste ich per Fahrrad die ersten Kontakte herstellen, zum Beispiel mit Max Floerke in Wannsee, der in seinem Bereich mit dem Aufbau der SPD begonnen hatte.“



Gründungsaufruf der SPD in Berlin in der Erstausgabe der Zeitung „Das Volk“.

Kurt Haase zahlt aus eigener Tasche zehn Mark, um einen Aufruf vervielfältigen zu lassen und in Mitte an die Hauswände zu kleben: „Alle ehemaligen Mitglieder der SPD, die sich in keiner Form bei den Nazis betätigt haben und durch Zeugen eine einwandfreie politische Haltung nachweisen können, werden gebeten, sich sofort zu melden.“ Am 9. Juni wird er dafür von den Sowjets verhaftet, die erst einen Tag später die Bildung antifaschistischer deutscher Parteien offiziell erlauben.

In den Tagen im Mai und Juni war es mehr oder weniger von Zufällen abhängig, wer wen wiedertraf. Am 15. Juni 1945, zwei Tage nach der KPD, wurde in der sowjetischen Besatzungszone von Max Fechner, Erich W. Gniffke, Otto Grotewohl und einigen anderen, die sich als Zentralausschuss der SPD bezeichneten, ein Gründungsaufruf veröffentlicht. Grotewohl war ehemaliger Reichstagsabgeordneter sowie Innen- und Justizminister von Braunschweig, sein Freund Gniffke Gewerkschaftsfunktionär, Fechner von 1924 bis 1933 Mitarbeiter des Parteivorstandes. Im Gründungsaufruf „Vom Chaos zur Ordnung“ des Zentralausschusses wird die organisatorische Einheit der Arbeiterklasse gefordert. Am 17. Juni 1945 treffen sich im „Deutschen Hof“ in der Luckauer Straße rund 1500 ehemalige SPD-Mitglieder. Dora Lösche, spätere Bundestagsabgeordnete, schilderte das Treffen: „Es war ein richtiges freudiges Wiedersehen. Die Politik stand gar nicht so sehr im Mittelpunkt. Es gab kein Mikrofon, die Redner standen vorn auf den Tischen, man verstand sie hinten kaum noch. Aber man fiel sich in die Arme, man sah die alten Freunde wieder. Du lebst, du lebst, sagten sie alle, wo bist Du, was machst Du jetzt?“ Zwei Genossen erschienen in KZ-Kleidung. **uh □**

Widerstand:

# Mit aufrechter Haltung

Vor 125 Jahren wurde Wilhelm Leuschner geboren

**Der 20. Juli 1944 beginnt für Wilhelm Leuschner mit einer ambulanten Augenoperation. Am Nachmittag feilt er in seiner Wohnung in der Charlottenburger Bismarckstraße 84 am Text für eine Rundfunkansprache. Die will er halten, wenn das Attentat auf Hitler gelingt und der Nazi-Spuk hinweg gefegt ist. Am Abend droht der Führer im Radio seinen Gegnern die Vernichtung an. Das Attentat ist missglückt. Leuschner ist sich der Gefahr bewusst, in der er schwebt. Sein Lebensweg als Gewerkschafter und Sozialdemokrat ist von einer aufrechten Haltung und Furchtlosigkeit geprägt.**

Wilhelm Leuschner kommt am 15. Juni 1890 im Hause eines Ofensetzers in Bayreuth zur Welt und entwickelt als Schüler eine ausgeprägte Wissbegier, nutzt die Bibliothek des Holzarbeiterverbandes und erfreut sich an Kunsthandwerk. Er erlernt den Beruf des Holzbildhauers, besucht eine Kunstgewerbeschule und arbeitet ab 1910 in Darmstadt beim Hofmöbelfabrikant Julius Glückert. Als Lehrling war er dem Holzbildhauerverband beigetreten, er wird als 19-Jähriger dessen ehrenamtlicher Bezirksleiter und handelt Tarifverträge aus. Nach dem Weltkrieg wird er hauptberuflicher Gewerkschafter und führt das südhessische Gewerkschaftskartell. Seine parteipolitische Heimat ist ab April 1913 die SPD, für die er 1919 in den Stadtrat einzieht. Mit seiner analytischen Begabung gelingt es ihm, politische und wirtschaftliche Situationen überzeugend darzulegen; er ist Realist und begründet: „Politik ist das Streben nach dem Möglichen.“ Ihm ist Arbeiterbildung wichtig, denn sie trage zum Selbstwertgefühl bei.

Er wird 1924 Abgeordneter des hessischen Landtags, mit 34 Jahren dessen Vizepräsident und vier Jahre später Innenminister in Hessen. Er ist überzeugt, dass die Weimarer Reichsverfassung „die Tür öffnet für den Vormarsch zu einer sozialen Republik“. Der NSDAP macht er sich verhasst, denn er verbietet zeitweilig deren Hetzblatt „Die Faust“ und entlarvt deren Putschpläne des „Boxberger Kreises“. Nach der Landtagswahl 1931 herrscht in Hessen eine Pattsituation, Leuschner bleibt geschäftsführender Innenminister, also Minister auf Abruf.

Im folgenden Jahr erreicht ihn eine Offerre des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds (ADGB), der für Theodor Leipart einen Nachfolger sucht. Im Januar 1933 wird er in den ADGB-Vorstand gewählt. Im März 1933 erklärt Leuschner seinen Rücktritt vom Ministeramt in Hessen. Mit einem



Gedenktafel für Wilhelm Leuschner am Haus Bismarckstraße 84.

Foto: Horb

richtungsübergreifenden „Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften“ und einer neutralen Haltung zur neuen Reichsregierung erhofft sich der ADGB einen Fortbestand. Leuschner nimmt an einem Gespräch am 13. April mit der NS-Betriebsorganisation teil. Er wird am 2. Mai mit dem gesamten ADGB-Vorstand verhaftet, verprügelt und in Plötzensee inhaftiert. Er kommt nach drei Tagen frei, weil sein NSDAP-Gegenspieler Robert Ley einen Deal plant.

Leuschners ADGB-Mandat schließt eine Entsendung in den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes in Genf ein. Die Nazis wollen, dass Leuschner dort die Deutsche Arbeitsfront (DAF) als einzige Interessenvertretung der deutschen Arbeiterschaft bezeichnet und seinen Sitz für Ley als „deutschen Arbeiterführer“ frei macht. Leuschner reist mit der Delegation nach Genf, aber er schweigt, erklärt auch keinen Rücktritt. Sein Schweigen wird dort richtig gedeutet. Ley droht ihm mit Fortsetzung der Haft - ohne Erfolg. Gedemütigt reist die Reichsdelegation aus Genf ab.

Ley macht die Drohung wahr: Leuschner wird bei seiner Rückkehr verhaftet. Eine einjährige Odyssee durch Gefängnisse, Konzentrationslager schließt sich an. Weder Misshandlungen noch unmenschliche Haftbedingungen beugen ihn. Am 10. Juni 1934 wird er mit Auflagen aus der Haft entlassen. Er muss Arbeit finden, den Lebensunterhalt seiner Familie verdienen. Er steigt in einen kleinen Berliner Fabrikationsbetrieb ein, der vom früheren SPD-Reichstagsabgeordneten Ernst Schnepfenhorst und Friedrich Ebert jr. in Kreuzberg betrieben wird. Leuschner setzt auf die Produktion eines chromierten Bierzapfhahns - mit Erfolg. Wichtiger ist ihm aber, dass er nun durchs Reich reisen und Kontakte pflegen kann.

Sein Netzwerk reicht bis in entfernte Regionen und zu Gewerkschaftern im Exil. Sorgfältig schottet er die Kontakte voneinander ab, denn von der Gestapo eingeschleuste Spitzel haben zahlreiche Widerstandsgruppen auffliegen lassen. Er weiß,

dass ein Generalstreik wie 1920 aussichtslos ist und ein wirkungsvoller Sturz des Hitlerregimes nur mit Teilen der Wehrmacht möglich wird. Einige wenige arbeiten an einem Staatsstreich. Julius Leber, der einstige Militärreferent in der SPD-Spitze, verfügt über Kontakte zu ihnen im Kreisauer Kreis. Leuschner trifft 1940 in Berlin auf den früheren Leipziger Bürgermeister Carl Goerdeler, einen Vertreter konservativer Widerstandskreise. Dissonanzen bleiben nicht aus. Während große Teile der Kreisauer im künftigen Deutschland Betriebsgewerkschaften favorisieren, legt der Kreis um Leuschner Wert auf eine zentralistische demokratische Branchengewerkschaft - die Einheitsgewerkschaft. Der Dissens belastet den Kontakt zu den Kreisauern.

Bis zum Sommer 1944 gelingt es Leuschner, ein beachtliches Potential für eine künftige Zivilverwaltung zu gewinnen, und seit dem Jahresbeginn existiert eine vorläufige Liste mit Führungspersonlichkeiten: Reichskanzler Goerdeler, Vizekanzler Leuschner, Innenminister Julius Leber. Stauffenberg und andere wollen statt Goerdeler eher Leuschner als Kanzler. Aber er lehnt ab, befürchtet eine unheilvolle Vereinnahmung der Gewerkschaften wie 1918 und favorisiert eine Doppelfunktion von Gewerkschaftsvorsitzendem und Vizekanzler als Vertreter der Arbeiterschaft in einer künftigen Regierung.

Er wird vom Attentatsversuch am 20. Juli überrascht, schlägt aber Warnungen in den Wind. Anfang August wird Leuschners Ehefrau Elisabeth verhaftet. Nach einer Denunziation einer Nachbarin geht Wilhelm Leuschner am 16. August der Gestapo ins Netz. In den Verhören schweigt er über Weggefährten, nennt nur solche, die verstorben oder emigriert sind. Er behält in der Haft seine würdige Haltung, weiss, dass ihm die Todesstrafe droht. Unter dem Vorsitz von Roland Freisler folgt am 8.9.1944 der Prozess vor dem sogenannten Volksgerichtshof.

Nach dem Todesurteil wird er weiter verhört, misshandelt und verbringt seine letzten Tage in Tegel. Von dort ist Leuschners Vermächtnis - wenn auch quellenmäßig nicht direkt belegt - überliefert: „Morgen werde ich gehenkt. Schafft die Einheit!“ Am 29. September 1944 wird Wilhelm Leuschner in Plötzensee um 19.17 Uhr am Galgen ermordet. Deutschland ist um einen großen politischen Hoffnungsträger ärmer geworden. Die sozialistische „Union“ in Großbritannien würdigt am 7. Oktober 1944 in der Londoner Caxton Hall den Mut Leuschners und seiner Weggefährten. Die renommierte Historikerin Helga Grebing bedauerte jüngst: „Das Wissen um Leuschners Widerstandstätigkeit als überzeugter Demokrat und um seine führende Funktion im Widerstand gegen das ‚Dritte Reich‘ ist im Verlauf der Jahrzehnte zunehmend verblasst.“

Gunter Lange □

## „Einmal SPD, immer SPD“

SPD Friedrichshain-Kreuzberg: Trauer um Eva Maria Scharlippe

**Eva- Maria Scharlippe, geboren 1937, langjähriges Mitglied der BVV Kreuzberg, überzeugte Sozialdemokratin und anerkannte Bürgerrechtlerin starb Ende April 2015. Am 18. Mai wurde sie beigesetzt.**

Geboren in Wilmersdorf, aufgewachsen in Britz, hatte Eva-Maria Scharlippe kein leichtes Leben. Nach einer intakten Familie sehnte sie sich seit ihrer Kindheit. Eine Familie, die sie sehr liebte, hat sie sich später mit ihren vier Kindern selbst geschaffen. Dafür hat sie vieles geopfert, trotz aller Widrigkeiten ihres Lebens.

Ende der 60er Jahre floh sie mit ihren Kindern vor ihrem Exmann in ein Obdachlosenheim. Einige Zeit später hatte sie sich ein neues Zuhause geschaffen. 1974 zog Eva-Maria Scharlippe mit ihren Kindern in das Neue Kreuzberger Zentrum am Kottbusser Tor und lebte dort fast 31 Jahre lang.

In dieser Zeit verlor sie ihre siebenmonatige Urenkelin und deren Mutter bei einem Autounfall in Österreich. Daraufhin nahm sich ihr Sohn das Leben. Über den Tod ihres ältesten Sohnes kam sie nie hinweg. „Denn die Menschen sind nicht geschaffen, dass die Kinder zuerst gehen“, so Eva-Maria.

Im Alter litt sie an den Folgen einer schweren Diabetes. Deshalb wurden ihr beide Unterschenkel amputiert. Bis zu ihrem Tod lebte Eva-Maria Scharlippe im Seniorenheim in der Gitschiner Straße. Dort hat sie sich sehr wohlfühlt, in der kleinen Wohnung und auf ihrem Balkon. Sie hat sich nie beklagt. Das politische Leben hat sie bis zuletzt aktiv verfolgt.

Anfang der 80er Jahre begann sie sich politisch zu engagieren, in der Hausbesetzerszene, später auch gegen Übergriffe der Polizei in Kreuzberg. 1982 ist sie in die SPD

eingetreten. Sie war eine überzeugte Sozialdemokratin. Versuche der Grünen, sie von einem Parteiwechsel zu überzeugen, sind an ihrer Liebe zur Sozialdemokratie und an ihrer Standfestigkeit gescheitert: „Ich bin keine, die ihr Fähnchen nach dem Wind hängt. Einmal SPD - immer SPD“, so Eva- Maria. 14 Jahre lang saß Eva-Maria für die SPD in der Kreuzberger Bezirksverordnetenversammlung (BVV).

Als sie am Neuen Kreuzberger Zentrum hautnah die Entwicklung der harten Drogenszene erlebte, begann sich Eva-Maria in der BVV aktiv für die Interessen und gesundheitliche Versorgung der Drogenabhängigen einzusetzen. 22 Jahre lang kämpfte sie für die Schaffung von Druckräumen. Am Ende war dieser Kampf von Erfolg gekrönt. Die Druckrauminitiative zählt zu ihren wichtigsten Verdiensten in der Kreuzberger Kommunalpolitik.

Für ihr politisches Engagement wurde Eva-Maria Scharlippe im Jahre 2004 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

**Sevim Aydin / Hannelore Rath-Kohl ☐**

**Aus Datenschutzgründen  
nicht in der  
Internetversion enthalten**

## TERMINE

- 30.05.2015, 15:00, **Altfalkentreffen**, auf dem Zeltlagerplatz, Rallenweg 4, Kontakt: altfalken@zev-berlin.de, 030 / 43 666 155
- Samstag, 30.5.2015, 10:30 - 12:00 Uhr, **Mietenaktion am SPD-Infostand in Spandau**, mit Daniel buchholz (MdB), Gartenfelder Straße/ Ecke Haselhorster Damm
- 31.05.2015, 11:00, Burgunde Grosse, MdB Staaken, **Politischer Frühschoppen in der Gartenstadt Staaken**, Unterstützungsverein Gartenstadt Staaken e.V., Am Heideberg 15, 13591 Berlin
- 01.06.2015, 17:30 - 18:30, **Frédéric Verrycken, MdB Charlottenburg-Nord, Sprechstunde**, Kiezbüro von Frédéric Verrycken, Tauroggener Straße 45, 10589 Berlin
- 02.06.2015, 19:30, SPD Charlottenburg-Wilmersdorf - Abt. Wilmersdorf-Süd + Schmaragdendorf, **Baupolitik im Land Berlin und in Charlottenburg-Wilmersdorf**, mit Senator Andreas Geisel, Restaurant Prometheus, Schlangenbader Str. 16, 14197 Berlin
- 02.06.2015, 19:30, SPD Charlottenburg-Wilmersdorf - Abt. Halensee + Grunewald, **Die Ukraine-Krise – Wege und Auswege**, mit Ute Flöner-Krämer, MdB, Jugendfreizeitheim, Plöner Straße 4-18, 14193 Berlin
- 03.06.2015, 16:00 - 17:30, **Franziska Becker, MdB - Wilmersdorf, Sprechstunde**, Wahlkreisbüro, Fechnerstraße 6a, 10717 Berlin
- 03.06.2015, 18:19 - 19:00, Dr. Clara West, MdB, **Beratung zum Sozialrecht**, Bürgerbüro von Clara West, Naugarder Straße 43, 10409 Berlin
- 03.06.2015, 17:00 - 18:00, **Karin Halsch, MdB - Lichtenberg, Sprechstunde**, Bürgerbüro, Am Berl 13, 13051 Berlin
- 03.06.2015, 19:00, Bruni Wildenhein-Lauterbach, MdB - Wedding + Jörg Stroedter, MdB Reinickendorf, **Zukunft TXL: Entwicklungsperspektiven für den Flughafen Tegel** – Was kommt nach dem Fluglärm? Hotel „Larat“, Olenhauerstr. 119, 13403 Berlin (s. S. 4)
- 04.06.2015, 17:00 - 18:00, **Frank Jahnke, MdB - Charlottenburg, Bürgersprechstunde**, Goethe15, Goethestraße 15, 10625 Berlin
- 04.06.2015, 16:00 - 17:00, Dilek Kolat, MdB - Schöneberg, **Ehrenamtliche Arbeitsrechtsberatung mit RA Edmund Fleck**, Wahlkreisbüro von Dilek Kolat, MdB, Schmiljanstr. 17, 12161 Berlin, Anmeldung erbeten: anmeldung@dilek-kolat.com
- 05.06.2015, 10:00 - 11:00, **Ralf Wieland, MdB Wedding, Sprechstunde**, Bürgerbüro am Gesundbrunnen, Bellermannstr. 19 a, 13357 Berlin
- 05.06.2015, 19:30, Berliner Stimme, Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie, **„Das verschwundene Manuskript“ - Lesung mit Heidi von Plato**, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin
- 05.06.2015, 16:30 - 18:00, **Thomas Isenberg, MdB - Moabit, Hansaviertel, Tiergarten-**

**Süd, Bürgersprechstunde**, Wahlkreisbüro Arminiusmarkthalle Moabit, Arminiusstraße 2-4, 10551 Berlin

■ 05.06.2015, 12:00 - 13:30, Karlheinz Nolte, MdB Treptow-Köpenick, **Auf einen Kaffee mit Karlheinz Nolte, MdB** - Bürgersprechstunde, Rathaus Johannisthal, Sterndamm 102, 12487 Berlin

■ 06.06.2015, 10:00, **Stand und mobile Bürgersprechstunde mit Swen Schulz, MdB, und Frédéric Verrycken, MdB**, vor Reichelt Edeka, Heckerdamm 225, 13627 Berlin

■ 08.06.2015, 16:30 - 18:00, **Ulker Radziwill, MdB Charlottenburg, Sprechstunde**, Kiezbüro von Ulker Radziwill, Friedbergstraße 36, 14057 Berlin

■ 09.06.2015, 19:00, „Junge AfA“, **Diskussion über die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs** mit den Abgeordneten Frédéric Verrycken und Franziska Becker, Bürgerbüro von Frédéric Verrycken, Tauroggener Straße 45, 10589 Berlin.

■ 09.06.2015, 12:30 - 14:00, **Bruni Wildenhein-Lauterbach, MdB - Wedding, Telefonische Sprechstunde**, Tel. 030/2325-2297.

■ 09.06.2015, 19:00, Thorsten Karge, MdB Wittenau, Waidmannslust und Borsigwalde, **Und das war auch gut so... - Klaus Wowereit im Gespräch**, Restaurant Maestral, Eichborn-damm 236, 13437 Berlin

■ 10.06.2015, 17:00 - 18:00, **Karin Halsch, MdB - Lichtenberg, Sprechstunde**, Bürgerbüro von Karin Halsch, MdB, Am Berl 13, 13051 Berlin

■ 10.06.2015, 19:00, Franziska Becker, MdB - Wilmersdorf, **Politik&Biographie: „Loki Schmidt“ gelesen von Autor Reiner Lehberger**, Wahlkreisbüro von Franziska Becker, Fechnerstraße 6a, 10715 Berlin

■ 10.06.2015, 19:00, SPD Mitte + AfB, **Schulräume und Schulqualität - alles bestens?** Silent Green Kulturquartier, Kuppelsaal, Gerichtstraße 35, 13347 Berlin

■ 10.06.2015, 18:00 - 20:00, denkzentrum|demokratie, **Das demokratische Unternehmen - Schöne neue Arbeitswelt?** Kurt-Schumacher-Haus, Erika-Heß-Saal, Müllerstraße 163, 13353 Berlin

■ 11.06.2015, 19:00, **SPE-AktivistInnen, Treffen**, Café Orange, Oranienburger Straße 32, 10117 Berlin

■ 11.06.2015, 17:00 - 19:00, Klaus Mindrup, MdB Pankow, **Fachgespräch „Energetische Sanierung von Mietwohnungen“**, Jakob-Kaiser-Haus des Deutschen Bundestages, Dorotheenstraße 100/101, 11017 Berlin. Anmeldung bitte an das Wahlkreisbüro unter 030/965 11 403 oder per Mail an wahlkreisbuero@klaus-mindrup.de.

■ 13.06.2015, 09:30, SPD Berlin, **Landespartei-tag der Berliner SPD**, Hotel Intercontinental Berlin, Budapeststr. 2, 10787 Berlin

■ 13.06.2015, 11:00 - 12:00, Dr. Clara West, MdB, **Beratung zum Mietrecht**, Bürgerbüro von Clara West, Naugarder Straße 43, 10409 Berlin

■ Alle Termine: [www.spd.berlin/termine](http://www.spd.berlin/termine)

## Nachruf:

### Weddinger SPD trauert um Horst Renner

**Am 16. Mai verstarb Horst Renner im Alter von 86 Jahren. Horst Renner prägte wesentlich die Weddinger SPD mit und war jahrzehntelang der Kopf der AWO im Wedding und später in Mitte. Der Träger des Bundesverdienstkreuzes und der Marie-Juchacz-Plakette war auch Ehrenvorsitzender des AWO-Kreisverbandes Mitte.**

1963 zog er nach der Wahl vom 17. Februar in die Weddinger Bezirksverordnetenversammlung ein, der er bis zu seiner Wahl zum Weddinger Baustadtrat im März 1971 angehörte. Als Baustadtrat setzte er die von seinem Vorgänger Walter Nicklitz begonnene Flächensanierung im Wedding fort. Auch die Unterstützung und Sicherung der Kleingärten war ihm ein großes Anliegen. Der gewiefte und ausdauernde Skatspieler war nicht nur als Abteilungsvorsitzender, sondern auch als stellvertretender Kreisvorsitzender für die positive Entwicklung der Weddinger SPD verantwortlich.

Erich Pätzold würdigte Horst Renner bei seinem Ausscheiden aus dem Bezirksamt 1982 im „Weddinger Rundblick“: „Sein sachbezogenes, kameradschaftliches Wesen und Wirken hat ihm fast nur Freunde geschaffen. Wie oft hat gerade er mit seiner ausgleichenden Art dazu beigetragen, dass auch in der härtesten Alltagsarbeit Freunde immer Freunde geblieben sind“.

Nach diesem Ausscheiden aus dem Bezirksamt ließ er sich in die Pflicht nehmen und trat in die Führung der Weddinger AWO ein, der er mehr als zwei Jahrzehnte als Vorsitzender, später auch der AWO Mitte, diente. Schon in den frühen neunziger Jahren half er dem Bezirk bei der Unterbringung von Zuwanderern und der Integration von Migranten. Einer Aufgabe, die heute wieder die Arbeit der AWO Mitte prägt. Bis 1994 war er auch über mehrere Jahre stellvertretender Landesvorsitzender der AWO Berlin und Mitglied im Bundesausschuss der AWO. Bis zum Anfang dieses Jahres leitete er auch als Vorsitzender die AWO Abteilung Schillerpark im Wedding.

Die Weddinger Sozialdemokraten werden ihrem Horst stets ein ehrendes Andenken bewahren. Der Abteilung Schillerpark und ihrer Vorsitzenden war Horst immer eine unverzichtbare Unterstützung. Wir konnten ihn jederzeit um Rat fragen. Er hinterlässt eine unersetzliche Lücke. Wir vermissen Horst Renner sehr und werden ihm ein ehrenvolles Andenken bewahren. Unser aufrichtiges Mitgefühl gilt jetzt seiner Familie. **Bernd Schimmler / Bruni Wildenhein-Lauterbach** □

Trauerfeier für Horst Renner: 03.06.2015 um 12.00 Uhr in der Heilig-Kreuz- Kirche

## Die Berliner Stimme im Abonnement

**Änderungen beim Abonnement?** Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin

**Sie haben noch kein Abonnement?** Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin, per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

## Menschen und Mode

Ausstellung zeigt Fotografien von Willy Maywald

Die Großen ihrer Zeit hat er vor der Kamera gehabt: die Schauspieler Humphrey Bogart, Jean Marais, Curd Jürgens, die Künstler Pablo Picasso, Marc Chagall und vor allem die Schönen auf dem Laufsteg der Mode. Das Berliner Museum der Fotografie widmet dem heute eher unbekanntem Fotografen Willy Maywald (1907-1985) eine beeindruckende Ausstellung.

Maywald, 1907 in Kleve am Niederrhein geboren, besuchte Kunstschulen in Köln, Krefeld und Berlin, wo er mit der Fotografie in Berührung kam. Frühe Fotografien zeigen die Landschaften am Niederrhein mit tief hängenden Wolken und immer wieder Porträts im Alltag, die sein Arbeitsschwerpunkt werden sollten. Von Berlin ging er 1932 nach Paris und tauchte in die Künstlerszene am Montparnasse ein. Er fotografierte Cafés auf dem Trottoir, Hauswirtschafterinnen und zunehmend Künstler. Maywald findet in der Szene rasch Wertschätzung, fotografierte Künstler in ihrem eigenen Ambiente, in Ateliers. Er spürte den Zauber der Gärten von Renoir und Monet nach. Nach dem Krieg gehörte Maywald zur ersten Garde der Modefotografen, präsen-



Willy Maywald: Nico, um 1960. © Association Willy Maywald / VG Bild-Kunst, Bonn 2015

tierte Models mit Créationen von Dior und Cardin, arbeitete für große Modemagazine. Dabei entwickelte er eine eigene fotografische „Handschrift“, achtet bei Modeaufnahmen stilbildend auf die Gesamtkonzeption des Bildes.

**Gunter Lange** □

➔ Willy Maywald, Fotograf und Kosmopolit, bis 2. August 2015 im Museum für Fotografie, Jebensstraße 2, 10623 Berlin, Di-Fr 10-18 Uhr, Do -20 Uhr, Sa, So 11-18 Uhr, Eintritt 10 Euro, ermäßigt 5 Euro

Lesung:

## Büchner, ein Roman und drei Varianten

Die Berliner Autorin Heidi von Plato stellt am 5. Juni in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus ihren Roman „Das verschwundene Manuskript“ vor. Er befasst sich mit Leben, Lieben und Arbeit des radikalen Demokraten und Schriftstellers Georg Büchner.

Es geht um die letzten Monate im Leben Büchners. Nachdem der bekannte Dramatiker 1835 aus Deutschland wegen seiner politischen Aktivitäten fliehen musste, sucht er Zuflucht in Straßburg, wo seine Verlobte Minna Jaegle mit ihrem Vater lebt. Dort schreibt er nicht nur seine Doktorarbeit über die Anatomie der Fische, sondern, so wird vermutet, ein Theaterstück über den rebellischen Renaissance-Dichter Pietro Aretino, der sich gegen Kirche und Fürsten auflehnte. Nach Büchners plötzlichem Tod 1837, findet sich im Nachlass kein Drama. Heidi von Plato entwickelt in ihrem Roman nun drei mögliche Varianten. Zur Lesung laden das Kulturforum und die Berliner Stimme. **BS** □

➔ 5. Juni, 19:30 Uhr, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Eintritt frei, Spenden erwünscht!

## Jugendorchester aus aller Welt zu Gast in Berlin

**Kaum 20 Jahre alt, aber sie spielen Violine, Cello, Posaune und Klarinette wie mit jahrzehntelanger Erfahrung. Die besten Jugendorchester der Welt gastieren jedes Jahr im Sommer in Berlin. Sie scheuen keine schwierigen Partituren. Keines der Konzerte endete ohne Beifallsstürme des Berliner Publikums.**

Den Auftakt machen zwei amerikanische Orchester in der Philharmonie. Am 22. Juni 2015 spielt das Boston Philharmonic Youth Orchestra Werke von Dmitri

Schostakowitsch, Antonin Dvorak und Béla Bartók. Das San Francisco Symphony Youth Orchestra musiziert am 4. Juli 2015 Werke von John Adams, Max Bruch und Gustav Mahler. Die Karten kosten jeweils 22 Euro zzgl. Vorverkaufsgebühr, erhältlich bei allen Vorverkaufsstellen oder Ticket-Hotline 01806 570070.

Vom 6. bis 23. August 2015 kommen im Rahmen von „Young Euro Classic“ Jugendorchester u.a. aus China, Israel, Türkei, Portugal, Niederlande und Skandinavien sowie international besetzte Jugendorche-

ster in das Konzerthaus am Gendarmenmarkt. Sie spielen Werke von Bernstein, Mozart, Rossini, Tschaiowski, Weill sowie ein aktuelles Werk jeweils eines Komponisten ihres Herkunftslandes. Zum Auftakt spielt das Bundesjugendorchester Sergej Prokofjew, Ludwig van Beethoven, Aaron Copland und Felix Mendelssohn-Bartholdy. Die Karten für jedes Konzert kosten zwischen 16 und 25 Euro zzgl. Vorverkaufsgebühr, erhältlich bei allen Vorverkaufsstellen oder Ticket-Hotline 01806 570070.

**Gunter Lange** □